

Rechtsprechung

zum

Personalvertretungsrecht

34. Ausgabe
Stand: März 2014

Vorwort

Auch im 34sten Jahr wollen wir Ihnen helfen, den Überblick zu behalten. Deshalb legen wir erneut eine Sammlung der überwiegend im Vorjahr, also im Jahre 2013, ergangenen Entscheidungen zum Personalvertretungsrecht vor, hauptsächlich solche der obergerichtlichen Rechtsprechung. Zwar sind die meisten Entscheidungen sowohl für das Bundespersonalvertretungsrecht als auch für das Personalvertretungsrecht der Länder von Bedeutung; im Einzelfall sollten Sie jedoch stets prüfen, ob die Entscheidung voll, eingeschränkt oder aufgrund abweichender Regelungen gar nicht für das von Ihnen anzuwendende Personalvertretungsrecht gilt. Die Hinweise auf die entsprechenden Vorschriften in den Personalvertretungsgesetzen der Länder sollen Ihnen diese Prüfung erleichtern. Für den Fall, dass wir einmal eine Änderung in einem Landespersonalvertretungsgesetz übersehen haben und/oder die falsche Vorschrift zitieren, bitten wir um Nachsicht und sind für Ihren Hinweis dankbar.

Sollten Sie Entscheidungen zum Schwerbehindertenrecht vermissen: Diesen widmen wir bereits seit mehreren Jahren eine eigene Rechtsprechungsübersicht. Sie finden die „Rechtsprechung zum Schwerbehindertenrecht“ – inzwischen in 4. Ausgabe mit Stand Dezember 2013 – ebenso wie die „Rechtsprechung zum Betriebsverfassungsrecht“ – hier ist die neue Ausgabe derzeit in Arbeit – auf der Website des dbb beamtenbund und tarifunion.

Fehlende Rechtskraft ist wie immer mit dem Vermerk „n.rkr.“ kenntlich gemacht. Für diejenigen, die in der Vollversion der Entscheidung weiterlesen möchten, haben wir, soweit die Entscheidung im Rechtsprechungsdienst der „Zeitschrift für Personalvertretungsrecht“ (ZfPR *online*) oder in der Printausgabe der ZfPR veröffentlicht wurde, die entsprechende Fundstelle angegeben.

Wir freuen uns, mit der vorliegenden 34. Ausgabe der „Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht“ erneut einen Beitrag zur Unterstützung insbesondere der den Mitgliedsgewerkschaften des dbb angehörenden Personalrats- und Betriebsratsmitglieder sowie Mitglieder der Schwerbehindertenvertretungen leisten zu können.

Inhaltsübersicht

A. Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht	Seite
1. Beschäftigte i.S.d. neu gefassten § 5 Abs. 1 LPVG NW/Wahlrecht der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr (NRW) (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 11.4.2013 – 20 A 2092/12.PVL)	7
2. Personalvertretungsrechtliche Befugnisse des Dienststellenleiters bei Verselbstständigung nach MBG SH (BVerwG, Beschluss v. 3.7.2013 – 6 PB 15.13)	7
3. Geschäftsführung als Dienststellenleitung der Agentur für Arbeit/Größe des Personalrats in der Agentur für Arbeit bei Zuweisung von Beschäftigten zum Jobcenter (BVerwG, Beschluss v. 11.10.2013 – 6 PB 27.13)	7
4. Auswirkungen eines Stellenplans auf den Weiterbeschäftigungsanspruch von Jugendvertretern (BVerwG, Beschluss v. 8.7.2013 – 6 PB 11.13)	8
5. Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung bei grober Verletzung der Ausbildungspflicht durch den Jugendvertreter (VG Berlin, Beschluss v. 20.11.2012 – 72 K 18.12 PVB)	8
6. Weiterbeschäftigungsanspruch von Ersatzmitgliedern der Jugend- und Auszubildendenvertretung/Erforderlicher Vertretungsumfang (BVerwG, Beschluss v. 1.10.2013 – 6 P 6.13)	8
7. Personalvertretungsrechtliche Folgen einer Zuweisung von Tätigkeiten beim Jobcenter für Beschäftigte der Agentur für Arbeit (BVerwG, Beschluss v. 18.1.2013 – 6 PB 17.12)	9
8. Personalvertretungsrechtliche Folgen der Zuweisung von Beschäftigten zum Jobcenter (OVG Saarland, Beschluss v. 25.4.2013 – 4 A 234/12)	9
9. Wahlberechtigung von Auszubildenden einer „Ausbildungswerkstatt“ der Bundeswehr (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 15.5.2013 – 17 LP 8/12)	9
10. Mitbestimmung bei Besetzung des Dienstpostens einer Sachbereichsleitung/Befugnis zur selbstständigen Entscheidung in Personalangelegenheiten (VG Ansbach, Beschluss v. 2.5.2013 – AN 7 PE 13.00757)	10
11. Sitzverteilung nach Geschlechterparität bei der Personalratswahl nach NPersVG (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 17.4.2012 – 18 LP 7/11)	10
12. Wahlanfechtungsberechtigter Dienststellenleiter bei den Agenturen für Arbeit (VG Meiningen, Beschluss v. 27.3.2013 – 4 P 50004/12 Me)	10
13. Kein listenübergreifendes Nachrücken von Ersatzmitgliedern in den Personalrat (BVerwG, Beschluss v. 19.2.2013 – 6 P 7.12)	11
14. Teilnahme an Betriebsratssitzung bei Doppelmandat in Betriebsrat und Schwerbehindertenvertretung (LAG Hessen, Beschluss v. 1.11.2012 – 9 TaBV 156/12)	11
15. Bereitstellung von Büropersonal für den Personalrat (BVerwG, Beschluss v. 18.6.2013 – 6 PB 14.13)	11
16. Erstattung von Reisekosten für freigestellte Personalratsmitglieder (BVerwG, Beschluss v. 19.6.2013 – 6 PB 18.12)	11
17. Entzug von dem Personalrat bzw. der JAV überlassenen Räumen (VG Hamburg, Beschluss v. 3.8.2012 – 25 FL 8/12)	12
18. Beurteilungsspielraum des Personalrats bei Benutzung eines Kraftwagens (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 26.3.2013 – 20 A 878/12.PVB)	12
19. Höhe der Aufwandsentschädigung des Personalrats/Berechnung der Zahl der Regelbeschäftigten (BVerwG, Beschluss v. 3.7.2013 – 6 P 2.13)	12
20. Zahl der Regelbeschäftigten zur Berechnung der Freistellungen/Dienststellen zugehörigkeit der Jobcenter-Beschäftigten (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 25.10.2012 – 20 B 1079/12.PV)	12

21. Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Aufgaben- und Freistellungs- volumen bei Freistellung von Personalratsmitgliedern	13
(OVG Hamburg, Beschluss v. 30.5.2011 – 8 Bf 289/10.PVL)	
22. Dienst- oder Arbeitsbefreiung bei der Teilnahme an einer erforderlichen Personal- ratsschulung	13
(VG Braunschweig, Urteil v. 25.6.2013 – 7 A 205/12)	
23. Laufbahnnachzeichnung eines als Vorsitzender des Personalrats freigestellten Polizeibeamten	13
(OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 15.11.2012 – 6 A 1534/11)	
24. Verwirkung eines Schadensersatzanspruchs wegen Nichtbeförderung eines freigestellten Personalratsmitglieds	13
(OVG Niedersachsen, Beschluss v. 26.3.2013 – 5 LA 210/12)	
25. Vergleichsgruppenbildung bei fiktiver Fortschreibung einer Beurteilung	14
(OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 5.10.2012 – 1 B 681/12)	
26. Fiktive Laufbahnnachzeichnung eines freigestelltes Personalratsmitglieds/Beamten- rechtliches Konkurrentenstreitverfahren	14
(OVG Rheinland-Pfalz, Beschluss v. 20.8.2012 – 2 B 10673/12)	
27. Fiktive Nachzeichnung der beruflichen Entwicklung eines freigestellten Personal- ratsmitglieds und beschleunigter Stufenaufstieg	15
(LAG Baden-Württemberg, Urteil v. 5.8.2013 – 1 Sa 33/12)	
28. Anspruch auf Freistellung eines weiteren Personalratsmitgliedes	15
(OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 13.6.2013 – 20 A 2811/12.PVB)	
29. Leistungsbezahlung für Personalratsmitglieder/Keine Antragsbefugnis des Personalrats	15
(BVerwG, Beschluss v. 30.1.2013 – 6 P 5.12)	
30. Teilweise Freistellung von Personalratsmitgliedern in „Kleindienststellen“	16
(BVerwG, Beschluss v. 25.7.2013 – 6 PB 16.13)	
31. Kein Verzicht auf Freistellung zu Lasten des Minderheitenschutzes	16
(VGH Bayern, Beschluss v. 22.4.2013 – 17 P 12.1378)	
32. Freistellung unter Übernahme der Kosten für die Teilnahme an der Vorstandssitzung der Jobcenter-Personalräte	16
(VG Mainz, Beschluss v. 6.11.2013 – 2 L 1579/13.MZ)	
33. Entgeltzahlungspflicht und Haftung einzelner Betriebsratsmitglieder für Beratungsvertrag zwischen Betriebsrat und Beratungsunternehmen	17
(BGH, Urteil v. 25.10.2012 – III ZR 266/11)	
34. Erfordernis der Zustimmung des Personalrats bei Abordnung eines seiner Mitglieder im Zuge einer Aufgabenverlagerung auf Landesschulamt	17
(VG Wiesbaden, Beschluss v. 27.3.2013 – 23 K 40/13.WI.PV)	
35. Mitarbeiter der Job-Center sind keine Teilnehmer der Personalversammlung der Bundesagentur für Arbeit	18
(OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 19.7.2012 – 62 PV 8.11)	
36. Bildung eines Gesamtpersonalrats nach Verselbstständigung eines Eigenbetriebs	18
(BVerwG, Beschluss v. 13.3.2013 – 6 PB 4.13)	
37. Zusammenarbeit zwischen der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) und dem Gesamtpersonalrat	18
(VG Berlin, Beschluss v. 13.3.2012 – 62 K 1.12 PVL)	
38. Teilnahme am Vierteljahresgespräch	18
(VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 7.5.2013 – PL 15 S 2845/11)	
39. Teilnahme einer dem Personalrat angehörenden Vertrauensperson bei Anhörung über Nichtverlängerung des Arbeitsverhältnisses nach Bühnentarifrecht	19
(BAG, Urteil v. 15.5.2013 – 7 AZR 665/11)	
40. Mitbestimmung bei Einstellung von künstlerisch tätigen Beschäftigten/Unter- richtungsanspruch des Personalrats	19
(OVG Sachsen, Beschluss v. 23.1.2013 – PL 9 A 580/11)	
41. Kein umfassender Unterrichtsanspruch des Personalrats	19
(BVerwG, Beschluss v. 28.6.2013 – 6 PB 8.13)	

42. Unterrichtung des Personalrats in personellen Angelegenheiten/Zur Revisibilität von Landespersonalvertretungsrecht	20
(BVerwG, Beschluss v. 30.4.2013 – 2 B 10.12)	
43. Mitbestimmung bei Auswahl und Inbetriebnahme von Rauchmeldeanlagen in einem angemieteten Objekt	20
(OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 29.6.2012 – 20 A 632/10.PVL)	
44. Keine Verhandlungspflicht des verfassungsmäßig zuständigen obersten Organs mit dem Personalrat	21
(OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 11.1.2013 – 20 A 298/12.PVL)	
45. Mitbestimmungsverfahren zwischen Leiter und Personalrat eines Eigenbetriebs/Bestimmung des Einigungsstellenvorsitzenden	21
(BVerwG, Beschluss v. 20.9.2013 – 6 P 3.13)	
46. Mitbestimmungsverfahren bei Eingruppierungen/Aufhebung der Entscheidung der Einigungsstelle	21
(VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 12.9.2012 – PB 15 S 3324/11)	
47. Stufen-/Einigungsstellenverfahren im Jobcenter/Mitbestimmung bei Zuweisung einer Tätigkeit beim Jobcenter	22
(BVerwG, Beschluss v. 24.9.2013 – 6 P 4.13)	
48. Mitbestimmung des Jobcenterpersonalrats	22
(VG Bremen, Beschluss v. 5.4.2013 – P K 1008/12.PVB)	
49. Mitbestimmung bei Anwendung der TdL-Richtlinien zur Lehrereingruppierung	22
(VG Mainz, Beschluss v. 9.4.2013 – 5 K 1668/12.MZ)	
50. Kein Rechtsanspruch des Personalrats auf Rücknahme bzw. Unterlassung einer beteiligungspflichtigen Maßnahme	22
(BVerwG, Beschluss v. 3.7.2013 – 6 PB 10.13)	
51. Verpflichtung zur Bestellung eines unparteiischen Vorsitzenden einer Einigungsstelle/Entscheidungsfrist	23
(OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 11.12.2013 – 5 L 2/13)	
52. Vorwegnahme der Mitbestimmung durch Dienstvereinbarung	23
(VG Karlsruhe, Beschluss v. 14.9.2012 – PL 12 K 4/12)	
53. Nachwirkung einer Dienstvereinbarung und Schriftformklausel	23
(VG Berlin, Beschluss v. 10.4.2013 – 60 K 2.13 PVL)	
54. Wirkung der Kündigung einer Dienstvereinbarung über Leistungszuschläge/Vertrauensschutz	23
(BAG, Urteil v. 21.3.2013 – 6 AZR 618/11)	
55. Ausschluss des Mitbestimmungsrechts durch Tarifvorbehalt	24
(BAG, Urteil v. 19.6.2012 – 1 AZR 137/11)	
56. Keine Mitbestimmung bei Einstellungsbedingungen	24
(VGH Bayern, Beschluss v. 11.12.2012 – 17 P 11.879)	
57. Mitbestimmung bei Anerkennung von Erfahrungszeiten bei der Festsetzung des Grundgehalts von Beamten	25
(OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 12.4.2014 – 1 L 5/13)	
58. Mitbestimmung bei Beschäftigung von Strafgefangenen in der Dienststelle	25
(BVerwG, Beschluss v. 14.8.2013 – 6 P 8.12)	
59. Mitbestimmung bei Wegfall einer Funktionsstufe infolge Abordnung eines Beschäftigten	25
(OVG Niedersachsen, Beschluss v. 20.3.2013 – 17 LP 6/11)	
60. Mitbestimmung bei Verkürzung der Entwicklungsstufenlaufzeit	25
(OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 14.5.2013 – 20 A 83/12.PVB)	
61. Dienstrechtlicher Begriff der Versetzung im Personalvertretungsrecht	26
(LAG Rheinland-Pfalz, Beschluss v. 12.10.2012 – 6 TaBV 2/12)	
62. Anforderungen an eine Maßnahme zur Hebung der Arbeitsleistung	26
(VG Saarland, Beschluss v. 9.5.2012 – 6 TaBV 2/12)	
63. Mitbestimmung bei Festsetzung abteilungsbezogener Fortbildungsbudgets	26
(OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 29.6.2012 – 20 A 654/11.PVL)	
64. Anrechnung von Umkleide- und Wegezeit als Arbeitszeit/Keine Dienstvereinbarung zur Dauer der Arbeitszeit	27
(BAG, Urteil v. 19.9.2012 – 5 AZR 678/11)	

65. Mitbestimmung bei Anordnung von Rufbereitschaft	27
(BVerwG, Beschluss v. 4.9.2012 – 6 P 10.11)	
66. Mitbestimmung bei Anordnung von Bereitschaftsdienst/Abgrenzung von Rufbereitschaft	27
(LAG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 20.9.2012 – 11 Sa 81/12)	
67. Folgen der Verletzung von Mitbestimmungsrechten/Überstunden bei Wechselschicht- und Schichtarbeit	28
(BAG, Urteil v. 25.4.2013 – 6 AZR 800/11)	
68. Mitbestimmung bei Anrechnung von Tariflohnerhöhungen	28
(BAG, Urteil v. 22.5.2012 – 1 AZR 94/11)	
69. Keine Mitbestimmung bei einzelvertraglichen Zielvereinbarungen über leistungsbezogene Sonderzahlungen	29
(VG Karlsruhe, Beschluss v. 24.5.2013 – PL 12 K 3656/12)	
70. Mitbestimmung bei Zuweisung außertariflicher Zulage	29
(VG Karlsruhe, Beschluss v. 24.5.2013 – PL 12 K 2403/12)	
71. Mitbestimmung bei Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Bekämpfung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren	29
(BVerwG, Beschluss v. 14.2.2013 – 6 PB 1.13)	
72. Keine Mitbestimmung bei Auflösung einer Selbstverwaltungskörperschaft durch die Arbeitsbehörde	30
(BVerwG, Beschluss v. 28.11.2012 – 6 P 11.11)	
73. Keine Sozialplanfähigkeit einer Wegstreckenentschädigung	30
(BVerwG, Beschluss v. 16.4.2013 – 6 P 11.12)	
74. Mitbestimmung beim Absehen von der Stellenausschreibung trotz Vorliegens einer in der BLV geregelten Ausnahme von der Ausschreibungspflicht	30
(VG Karlsruhe, Beschluss v. 15.6.2012 – PB 12 K 301/12)	
75. Mitbestimmung bei Änderung eines elektronischen Zeiterfassungssystems	31
(OVG Sachsen-Anhalt v. 12.6.2013 – 6 L 4/12)	
76. Keine Mitbestimmung bei Dienstpostenübertragung mit Wechsel von antragsabhängiger in antragsunabhängige Mitbestimmung	31
(VG Mainz, Beschluss v. 13.3.2013 – 8 K 1645/12.MZ)	
77. Hinweispflicht der Dienststelle auf antragsabhängige Mitbestimmung von Beschäftigten mit überwiegend wissenschaftlicher Tätigkeit	31
(BVerwG, Beschluss v. 27.2.2013 – 6 PB 3.13)	
78. Kein Ausschluss der Mitbestimmung bei Einstellung der persönlichen Referentin des Ärztlichen Direktors und Vorstandsvorsitzenden eines Universitätsklinikums	31
(VGH Hessen, Beschluss v. 6.11.2012 – 22 A 1403/11.PV)	
79. Mitwirkung bei Vorbereitung einer Verwaltungsanordnung zur Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen	32
(BVerwG, Beschluss v. 11.12.2012 – 6 P 2.12)	
80. Mitwirkung des Personalrats beim Erlass von Leitlinien zur Genehmigung der Nebentätigkeiten der Beschäftigten des Bundesnachrichtendienstes durch den Chef des Bundeskanzleramtes	32
(BVerwG, Beschluss v. 19.9.2012 – 6 P 3.11)	
81. Kein Teilnahmerecht des Personalrats bei Anhörung zur beabsichtigten Kündigung eines Arbeitnehmers	32
(VGH Bayern, Beschluss v. 22.4.2013 – 17 P 12.1862)	
82. Anhörung des Personalrats bei Übertragung von Arbeitssicherheitsaufgaben	33
(OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 18.4.2013 – 60 PV 5.12)	
83. Mitbestimmung bei geschäftsbereichsüberschreitender Maßnahme des federführenden Fachministeriums	33
(VG Mainz, Beschluss v. 9.4.2013 – 5 K 1672/12.MZ)	
84. Mitbestimmung bei Neuerrichtung eines Schulgebäudes	33
(BVerwG, Beschluss v. 27.11.2012 – 6 PB 12.12)	
85. Frist für die Begründung der Rechtsbeschwerde/Prüfungspflicht des bevollmächtigten Rechtsanwalts	34
(BVerwG, Beschluss v. 17.4.2013 – 6 P 9.12)	

- 86. Erledigungserklärung zum Hauptantrag im Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren** 34
(BVerwG, Beschluss v. 12.7.2013 – 6 PB 9.13)
- 87. Erlöschen des Personalrats durch Bildung einer neuen Dienststelle/Fortführung des Beschlussverfahrens** 34
(VG Dresden, Beschluss v. 29.11.2013 – 9 K 1236/12)
- 88. Widerantrag des Dienststellenleiters** 35
(BVerwG, Beschluss v. 20.2.2014 – 6 PB 39.13)

B. Rechtsprechung zur Wahlordnung

- 1. Unwirksamkeit des Telefaxes einer Zustimmungserklärung zur Kandidatur bei Personalratswahl** 35
(OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 26.3.2013 – 20 A 2098/12.PVB)

A. Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht

1. Beschäftigte i.S.d. neu gefassten § 5 Abs. 1 LPVG NW/Wahlrecht der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr (NRW)

(§ 4 BPersVG; § 4 BaWüPersVG; Art. 4 Abs. 1 bis 4, 5 e und f BayPVG; §§ 3, 4 PersVG Bln; §§ 4, 5 PersVG Bbg; §§ 3 bis 6 BremPersVG; § 4 HmbPersVG; §§ 3 bis 6 HPVG; § 3 PersVG MV; § 4 PersVG Nds; § 5 LPVG NW; § 4 PersVG RhP; § 4 SPersVG; § 4 SächsPersVG; § 4 PersVG LSA; §§ 3 bis 6 MBG SH; § 4 ThürPersVG)

Die Neufassung des § 5 Abs. 1 LPVG NRW durch die LPVG-Novelle 2011 enthält über den Verzicht auf das Erfordernis des Bestehens eines Beamten- oder Arbeitnehmerverhältnisses zur Dienststelle hinaus keine weiteren Änderungen an dem herkömmlichen Verständnis des Beschäftigtenbegriffs.

Für die Beantwortung der Frage, ob eine Person i. S. v. § 5 Abs. 1 Satz 2 LPVG NRW in der Dienststelle weisungsgebunden tätig ist oder der Dienstaufsicht unterliegt, kann auf die Kriterien zurückgegriffen werden, die für die Frage einer Eingliederung in die Dienststelle entwickelt worden sind.

Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sind nicht wahlberechtigt für die Wahl des Personalrats der Gemeinde.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 11.4.2013 – 20 A 2092/12.PVL

2. Personalvertretungsrechtliche Befugnisse des Dienststellenleiters bei Verselbstständigung nach MBG SH

(§ 6 BPersVG; § 9 BaWüPersVG; Art. 6 BayPVG; §§ 5, 6 PersVG Bln; § 6 PersVG Bbg; § 7 BremPersVG; § 6 HmbPersVG; § 7 HPVG; § 8 PersVG MV; §§ 6, 7 PersVG Nds; § 1 LPVG NW; § 5 PersVG RhP; § 6 SPersVG; § 6 SächsPersVG; § 6 PersVG LSA; § 8 MBG SH; § 6 ThürPersVG)

Für eine Verselbstständigung nach § 8 Abs. 2 MBG SH ist es nicht erforderlich, dass der Leiter des Dienststellenteils über ein Minimum personalvertretungsrechtlicher Befugnisse verfügt.

BVerwG, Beschluss v. 3.7.2013 – 6 PB 15.13

ZfPR 2014, 34

3. Geschäftsführung als Dienststellenleitung der Agentur für Arbeit/Größe des Personalrats in der Agentur für Arbeit bei Zuweisung von Beschäftigten zum Jobcenter

(§ 7 BPersVG; Art. 7 BayPVG; § 9 PersVG Bln; § 7 PersVG Bbg; § 8 BremPersVG; § 8 HmbPersVG; § 8 HPVG; § 8 PersVG MV; § 8 PersVG Nds; § 8 LPVG NW; § 5 PersVG RhP; § 7 SPersVG; § 7 SächsPersVG; § 7 PersVG LSA; § 8 MBG SH; § 7 ThürPersVG)

Wird eine Agentur für Arbeit von einer Geschäftsführung geleitet, so ist diese Dienststellenleiterin; wenn sie ihren Vorsitzenden bevollmächtigt, sie in allen personalvertretungsrechtlichen Angelegenheiten zu vertreten, so ist davon die Befugnis zur Einleitung eines Wahlanfechtungsverfahrens mit umfasst.

Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit, denen eine Tätigkeit beim Jobcenter zugewiesen ist, zählen bei der Größe des Personalrats in der Agentur für Arbeit nicht mit.

BVerwG, Beschluss v. 11.10.2013 – 6 PB 27.13

ZfPR *online* 3/2014, S. 3

4. Auswirkungen eines Stellenplans auf den Weiterbeschäftigungsanspruch von Jugendvertretern

(§ 9 BPersVG; Art. 9 LPersVG Bay; § 10 LPersVG Bln; § 9 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Hess; § 58 LPersVG Nds; § 7 LPersVG NW; § 8 LPersVG RhP; § 9 LPersVG Sachs; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Durch die Entscheidung des kommunalen Haushaltsgebers im Stellenplan über die Aufteilung in Stellen für Beamte und solche für Arbeitnehmer wird der Weiterbeschäftigungsschutz der Jugendvertreter nicht berührt.

BVerwG, Beschluss v. 8.7.2013 – 6 PB 11.13
ZfPR *online* 11/2013, S. 2

5. Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung bei grober Verletzung der Ausbildungspflicht durch den Jugendvertreter

(§ 9 BPersVG; Art. 9 LPersVG Bay; § 10 LPersVG Bln; § 9 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Hess; § 58 LPersVG Nds; § 7 LPersVG NW; § 8 LPersVG RhP; § 9 LPersVG Sachs; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Pflichtverletzungen, die sich als grobe Verletzung der Ausbildungspflicht darstellen und die befürchten lassen, dass der Auszubildende auch in einem späteren Arbeitsverhältnis in grober Weise gegen seine Pflichten aus dem Arbeitsvertrag verstoßen werde, rechtfertigen die Annahme der am Schutzzweck des § 9 BPersVG zu messenden Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung.

(Orientierungssätze)
VG Berlin, Beschluss v. 20.11.2012 – 72 K 18.12 PVB
ZfPR *online* 11/2013, S. 16

6. Weiterbeschäftigungsanspruch von Ersatzmitgliedern der Jugend- und Auszubildendenvertretung/ Erforderlicher Vertretungsumfang

(§ 9 BPersVG; Art. 9 BayPVG; § 10 PersVG Bln; § 9 PersVG Bbg; § 65 HPVG; § 58 PersVG Nds; § 7 LPVG NW; § 8 PersVG RhP; § 9 SächsPersVG; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Der öffentliche Arbeitgeber kann im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren seinen Auflösungsantrag nach § 9 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BPersVG mit dem Hilfsantrag auf Feststellung verbinden, dass ein Arbeitsverhältnis mit dem Jugendvertreter wegen Fehlens der Voraussetzungen nach § 9 Abs. 1 bis 3 BPersVG nicht zustande gekommen ist.

Zwischen dem wegen zeitweiliger Verhinderung nachgerückten Ersatzmitglied der Jugendvertretung und dem öffentlichen Arbeitgeber kommt ein Arbeitsverhältnis nach § 9 Abs. 3 BPersVG zustande, wenn der Vertretungsfall innerhalb des letzten Jahres vor Ausbildungsende stattgefunden und das Ersatzmitglied innerhalb der letzten drei Monate vor Ausbildungsende seine Weiterbeschäftigung beantragt hat.

BVerwG, Beschluss v. 1.10.2013 – 6 P 6.13
ZfPR 2014, 6

7. Personalvertretungsrechtliche Folgen einer Zuweisung von Tätigkeiten beim Jobcenter für Beschäftigte der Agentur für Arbeit

(§ 13 BPersVG; § 11 BaWüPersVG; Art. 13 BayPVG; § 12 PersVG Bln; § 13 PersVG Bbg; § 9 BremPersVG; § 11 HmbPersVG; § 9 HPVG; § 11 PersVG MV; § 11 PersVG Nds; § 10 LPVG NW; § 10 PersVG RhP; § 12 SPersVG; § 13 SächsPersVG; § 13 PersVG LSA; § 11 MBG SH; § 13 ThürPersVG)

Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit, denen gemäß § 44 g Abs. 1 Satz 1 SGB II am 1. Januar 2011 Tätigkeiten beim Jobcenter zugewiesen wurden, haben spätestens nach Maßgabe der Fristenregelung in § 13 Abs. 2 Satz 1, 3 und 4 BPersVG das Wahlrecht zu einer Personalvertretung der Bundesagentur verloren.

BVerwG, Beschluss v. 18.1.2013 – 6 PB 17.12
ZfPR *online* 5/2013, S. 2

8. Personalvertretungsrechtliche Folgen der Zuweisung von Beschäftigten zum Jobcenter

(§ 13 BPersVG; § 11 BaWüPersVG; Art. 13 BayPVG; § 12 PersVG Bln; § 13 PersVG Bbg; § 9 BremPersVG; § 11 HmbPersVG; § 9 HPVG; § 11 PersVG MV; § 11 PersVG Nds; § 10 LPVG NW; § 10 PersVG RhP; § 12 SPersVG; § 13 SächsPersVG; § 13 PersVG LSA; § 11 MBG SH; § 13 ThürPersVG)

Beschäftigte der Agentur für Arbeit, denen gemäß § 44 g Abs. 1 SGB II Tätigkeiten bei einer gemeinsamen Einrichtung zugewiesen sind, haben kein Recht mehr auf Teilnahme an den Personalversammlungen der Agentur für Arbeit, da sie mit Wirksamwerden der Aufgabenzuweisung im Jobcenter ihre Eingliederung in die Dienststelle Agentur für Arbeit verlieren. Die für die Dienststellenzugehörigkeit maßgebliche Eingliederung in die Dienststelle ist nur gegeben, wenn der Beschäftigte in der Dienststelle nach Weisung des Dienststellenleiters an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben mitwirkt.

Die dem Jobcenter zugewiesenen Beschäftigten sind auch nicht berechtigt, an der Wahl des Personalrats der Agentur für Arbeit teilzunehmen. Für die Erhaltung des Wahlrechtes genügt es nicht, wenn ein Beschäftigter zwar nicht mehr in seine bisherige Dienststelle integriert ist, gleichwohl aber durch das fortbestehende Beschäftigungsverhältnis ein rechtliches Band zu der alten Dienststelle erhalten bleibt.

Für die Bundesbeschäftigten bei der Arbeitsagentur und den Jobcentern ist kein Gesamtpersonalrat zu bilden.

(Leitsätze der Schriftleitung)
OVG Saarland, Beschluss v. 25.4.2013 – 4 A 234/12
ZfPR *online* 6/2013, S. 12

9. Wahlberechtigung von Auszubildenden einer „Ausbildungswerkstatt“ der Bundeswehr

(§ 13 BPersVG; § 11 BaWüPersVG; Art. 13 BayPVG; § 12 PersVG Bln; § 13 PersVG Bbg; § 9 BremPersVG; § 11 HmbPersVG; § 9 HPVG; § 11 PersVG MV; § 11 PersVG Nds; § 10 LPVG NW; § 10 PersVG RhP; § 12 SPersVG; § 13 SächsPersVG; § 13 PersVG LSA; § 11 MBG SH; § 13 ThürPersVG)

Eine eigens für Ausbildungszwecke und als Teil einer militärischen Dienststelle eingerichtete „Ausbildungswerkstatt“ ist nur dann entgegen eines Organisationsbefehls als von vornherein selbstständige Dienststelle im personalvertretungsrechtlichen Sinne anzusehen, wenn sie einerseits nach ihrem Aufgabenbereich und andererseits nach ihrer Organisation gerade auch in Bezug auf das Stammpersonal selbstständig ist.

Ist zwar nach den jeweiligen Aufgabenbereichen der „Ausbildungsbetrieb“ aus dem „sonstigen Dienstbetrieb“ einer einheitlichen Dienststelle herausgelöst, sind die Auszubildenden gleichwohl in diese einheitliche Dienststelle eingegliedert und bei Personalratswahlen wahlberechtigt, wenn die sie

betreffenden maßgeblichen personellen Maßnahmen vom Dienststellenleiter und nicht vom Leiter der Ausbildungseinrichtung eigenverantwortlich getroffen bzw. gegenüber der Wehrverwaltung vorbereitet werden.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 15.5.2013 – 17 LP 8/12
ZfPR *online* 11/2013, S. 8

10. Mitbestimmung bei Besetzung des Dienstpostens einer Sachbereichsleitung/Befugnis zur selbstständigen Entscheidung in Personalangelegenheiten

(§ 14 BPersVG; § 12 BaWüPersVG; Art. 14 BayPVG; § 13 PersVG Bln; § 14 PersVG Bbg; § 10 BremPersVG; § 12 HmbPersVG; § 10 HPVG; § 12 PersVG MV; § 12 PersVG Nds; § 11 LPVG NW; § 11 PersVG RhP; § 13 SPersVG; § 14 SächsPersVG; § 14 PersVG LSA; § 12 MBG SH; § 14 ThürPersVG)

An der selbstständigen Entscheidungsbefugnis in Personalangelegenheiten fehlt es nicht allein deshalb, weil der betreffende Beschäftigte an Richtlinien und Weisungen des Dienststellenleiters oder einer übergeordneten Dienststelle gebunden ist.

(Leitsatz der Schriftleitung)
VG Ansbach, Beschluss v. 2.5.2013 – AN 7 PE 13.00757
ZfPR *online* 9/2013, S. 12

11. Sitzverteilung nach Geschlechterparität bei der Personalratswahl nach NPersVG

(§ 17 BPersVG; §§ 15, 18 BaWüPersVG; Art. 17 BayPVG; § 15 PersVG Bln; § 12 PersVG Bbg; § 13 BremPersVG; §§ 15, 17 HmbPersVG; § 13 HPVG; § 14 PersVG MV; § 14 PersVG Nds; § 14 LPVG NW; § 13 PersVG RhP; § 16 SPersVG; §§ 12, 17 SächsPersVG; § 17 PersVG LSA; §§ 10, 14 MBG SH; § 17 ThürPersVG)

Bei der Verteilung der Sitze des Personalrats auf Frauen und Männer nach § 30 Abs. 3 Satz 3 WO-PersVG sind die weiteren Sitze den Geschlechtern nach dem Höchstzahlverfahren listenübergreifend im Wechsel zuzuordnen. Eine über § 30 Abs. 3 Satz 2 WO-PersVG hinausgehende Berücksichtigung der Geschlechterparität im Hinblick auf die einzelnen Listen findet nicht statt.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 17.4.2012 – 18 LP 7/11

12. Wahlanfechtungsberechtigter Dienststellenleiter bei den Agenturen für Arbeit

(§ 25 BPersVG; § 25 BaWüPersVG; Art. 25 BayPVG; § 22 PersVG Bln; § 25 PersVG Bbg; § 21 BremPersVG; § 26 HmbPersVG; § 22 HPVG; § 18 PersVG MV; § 21 PersVG Nds; § 22 LPVG NW; § 19 PersVG RhP; § 25 SPersVG; § 25 SächsPersVG; § 27 PersVG LSA; § 18 MBG SH; § 25 ThürPersVG)

Ist das Wahlanfechtungsverfahren eröffnet, besteht für einen davon isolierten Feststellungsantrag mit dem Ziel, die Zusammensetzung des Personalrats einer Rechtsprüfung zu unterziehen, kein Rechtsschutzbedürfnis.

Ein Antrag im Rahmen einer Wahlanfechtung mit dem Ziel, die nach § 16 BPersVG zutreffende Zahl der zu wählenden Mitglieder des Personalrats feststellen zu lassen, ist auch bei einer Verhältniswahl unzulässig, weil sich die im Wahlausschreiben fehlerhaft angegebene Zahl der zu wählenden Mitglieder des Personalrats auf das Gesamtergebnis auswirkt und daher nicht berichtigungsfähig ist.

Wahlanfechtungsberechtigter Dienststellenleiter ist bei den Agenturen für Arbeit nicht der Vorsitzende der Geschäftsführung, sondern nach § 88 Nr. 2 Satz 1 2. Halbsatz BPersVG die Geschäftsführung als Kollegialorgan. In seinem Namen ist vom vertretungsberechtigten Vorsitzenden der Geschäftsführung der Anfechtungsantrag zu stellen.

Zu den Publizitätsanforderungen einer Vertretungsregelung nach § 88 Nr. 2 Satz 2 BPersVG.

VG Meiningen, Beschluss v. 27.3.2013 – 4 P 50004/12 Me (n. rkr.)
ZfPR *online* 7-8/2013, S. 14

13. Kein listenübergreifendes Nachrücken von Ersatzmitgliedern in den Personalrat

(§ 31 BPersVG; § 31 BaWüPersVG; Art. 31 Bay; § 28 PersVG Bln; § 31 PersVG Bbg; § 28 BremPersVG; § 31 HmbPersVG; § 28 HPVG; § 23 PersVG MV; § 27 PersVG Nds; § 28 LPVG NW; § 25 PersVG RhP; § 30 SPersVG; § 31 SächsPersVG; § 29 PersVG LSA; § 23 MBG SH; § 31 ThürPersVG)

Ein listenübergreifendes Nachrücken von Ersatzmitgliedern in den Personalrat findet nicht statt; dies gilt auch dann, wenn die Erschöpfung des betreffenden Wahlvorschlages darauf zurückzuführen ist, dass der Wahlvorschlag den – nicht zwingenden – Anforderungen des § 8 Abs. 1 BPersVVO an die Zahl der Bewerber nicht entsprochen hat.

BVerwG, Beschluss v. 19.2.2013 – 6 P 7.12
ZfPR *online* 4/2013, S. 15

14. Teilnahme an Betriebsratssitzung bei Doppelmandat in Betriebsrat und Schwerbehindertenvertretung

(§ 31 BPersVG; § 31 BaWüPersVG; Art. 31 Bay; § 28 PersVG Bln; § 31 PersVG Bbg; § 28 BremPersVG; § 31 HmbPersVG; § 28 HPVG; § 23 PersVG MV; § 27 PersVG Nds; § 28 LPVG NW; § 25 PersVG RhP; § 30 SPersVG; § 31 SächsPersVG; § 29 PersVG LSA; § 23 MBG SH; § 31 ThürPersVG)

Ist die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen zugleich Betriebsratsmitglied, ist sie, wenn sie als Vertrauensperson an der Betriebsratssitzung teilnehmen will, nicht generell als Betriebsratsmitglied verhindert. Einen sich im Einzelfall ergebenden Interessenkonflikt hat die Vertrauensperson dem Betriebsratsvorsitzenden anzuzeigen. Dies muss in einer Art und Weise geschehen, die eine Verletzung der Geheimhaltungspflicht gegenüber dem schwerbehinderten Menschen über persönliche, einer vertraulichen Behandlung bedürftige Verhältnisse ausschließt. Für diejenigen Tagesordnungs-punkte, in denen ein Interessenkonflikt besteht, ist ein Ersatzmitglied zu laden.

(Leitsätze der Schriftleitung)
LAG Hessen, Beschluss v. 1.11.2012 – 9 TaBV 156/12
ZfPR *online* 12/2013, S. 21

15. Bereitstellung von Büropersonal für den Personalrat

(§ 44 BPersVG; § 45 BaWüPersVG; Art. 44 BayPVG; § 40 PersVG Bln; § 44 PersVG Bbg; § 41 BremPersVG; § 46 HmbPersVG; § 42 HPVG; § 35 PersVG MV; § 37 PersVG Nds; § 40 LPVG NW; § 43 PersVG RhP; § 43 SPersVG; § 45 SächsPersVG; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Ein Beschluss des Personalrats, durch welchen ein in der Dienststelle beschäftigter Sachbearbeiter zum Intranetredakteur bestellt wird, ist für die Dienststelle nicht verbindlich.

BVerwG, Beschluss v. 18.6.2013 – 6 PB 14.13
ZfPR *online* 9/2013, S. 2

16. Erstattung von Reisekosten für freigestellte Personalratsmitglieder

(§ 44 BPersVG; § 45 BaWüPersVG; Art. 44 BayPVG; § 40 PersVG Bln; § 44 PersVG Bbg; § 41 BremPersVG; § 46 HmbPersVG; § 42 HPVG; § 35 PersVG MV; § 37 PersVG Nds; § 40 LPVG NW; § 43 PersVG RhP; § 43 SPersVG; § 45 SächsPersVG; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

§ 45 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 8 SächsPersVG gebieten nicht, dass überwiegend freigestellte Mitglieder von Personalvertretungen, die vom Sitz der Personalvertretung außerhalb ihres Dienst- und Wohnorts täglich mit ihrem Personenkraftwagen an ihren Wohnort zurückkehren, Wegstreckenentschädigung in einer Höhe erhalten, mit der die Kosten der Kraftfahrzeughaltung vollumfänglich abgedeckt werden.

BVerwG, Beschluss v. 19.6.2013 – 6 PB 18.12
ZfPR *online* 9/2013, S. 4

17. Entzug von dem Personalrat bzw. der JAV überlassenen Räumen

(§ 44 BPersVG; § 45 BaWüPersVG; Art. 44 BayPVG; § 40 PersVG Bln; § 44 PersVG Bbg; § 41 BremPersVG; § 46 HmbPersVG; § 42 HPVG; § 35 PersVG MV; § 37 PersVG Nds; § 40 LPVG NW; § 43 PersVG RhP; § 43 SPersVG; § 45 SächsPersVG; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

An den Personalrat bzw. an die Jugend- und Auszubildendenvertretung überlassene Räume in einer Dienststelle können auch dann durch den Dienststellenleiter entgegen dem Willen der Personalvertretung wieder entzogen werden, wenn keine gleichwertigen Räume zur Verfügung gestellt werden können. Voraussetzung ist, dass die dienstlichen Belange, die den Entzug der Räumlichkeit begründen, mindestens gleichgewichtig gegenüber den Belangen der Personalvertretung sind, die für den Beibehalt der Räumlichkeit sprechen.

(Leitsätze der Schriftleitung)

VG Hamburg, Beschluss v. 3.8.2012 – 25 FL 8/12

ZfPR *online* 11/2013, S. 20

18. Beurteilungsspielraum des Personalrats bei Benutzung eines Kraftwagens

(§ 44 BPersVG; § 45 BaWüPersVG; Art. 44 BayPVG; § 40 PersVG Bln; § 44 PersVG Bbg; § 41 BremPersVG; § 46 HmbPersVG; § 42 HPVG; § 35 PersVG MV; § 37 PersVG Nds; § 40 LPVG NW; § 43 PersVG RhP; § 43 SPersVG; § 45 SächsPersVG; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Einem Personalratsmitglied steht bei Reisen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendig sind, hinsichtlich der Frage, ob an der Benutzung eines Kraftwagens ein erhebliches dienstliches Interesse besteht (§ 5 Abs. 2 BRKG), ein Beurteilungsspielraum zu.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 26.3.2013 – 20 A 878/12.PVB

ZfPR *online* 1/2014, S. 10

19. Höhe der Aufwandsentschädigung des Personalrats/Berechnung der Zahl der Regelbeschäftigten

(§ 44 BPersVG; § 45 BaWüPersVG; Art. 44 BayPVG; § 40 PersVG Bln; § 44 PersVG Bbg; § 41 BremPersVG; § 46 HmbPersVG; § 42 HPVG; § 35 PersVG MV; § 37 PersVG Nds; § 40 LPVG NW; § 43 PersVG RhP; § 43 SPersVG; § 45 SächsPersVG; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Die Aufwandsentschädigung des Personalrats bemisst sich gemäß § 40 Abs. 2 Satz 2 Halbs. 1 NWPersVG nach der Zahl der Regelbeschäftigten; die stattdessen auf den Stellenplan abstellende Bestimmung in § 1 Satz 2 AufwDeckV NW ist rechtsunwirksam.

BVerwG, Beschluss v. 3.7.2013 – 6 P 2.13

ZfPR *online* 2/2014, S. 4

20. Zahl der Regelbeschäftigten zur Berechnung der Freistellungen/Dienststellenzugehörigkeit der Jobcenter-Beschäftigten

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Ist in einer Arbeitsagentur die Zahl der in der Regel Beschäftigten zu bestimmen, um die Anzahl der Freistellungen berechnen zu können, so sind mangels Dienststellenzugehörigkeit diejenigen Beschäftigten nicht mitzurechnen, denen gem. § 44 g Abs. 1 Satz 1 SGB II Tätigkeiten bei einer gemeinsamen Einrichtung zugewiesen wurden. Mit der Zuweisung von Tätigkeiten bei der gemeinsamen Einrichtung ist deren Eingliederung in die Arbeitsagentur verloren gegangen.

(Leitsätze der Schriftleitung)

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 25.10.2012 – 20 B 1079/12.PV

21. Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Aufgaben- und Freistellungsvolumen bei Freistellung von Personalratsmitgliedern

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Bei der Auswahl der freizustellenden Personalratsmitglieder gemäß § 49 Abs. 1 HmbPersVG ist das freie Ermessen des Personalrats dahingehend eingeschränkt, dass der Umfang der von den einzelnen Mitgliedern des Personalrats zu erledigenden Aufgaben und die Freistellung einander entsprechen müssen. Vorstandsmitglieder sowie Gruppensprecher sind nicht zwingend bei der Freistellung zu berücksichtigen.

OVG Hamburg, Beschluss v. 30.5.2011 – 8 Bf 289/10.PVL

22. Dienst- oder Arbeitsbefreiung bei der Teilnahme an einer erforderlichen Personalratsschulung

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Die Teilnahme eines Mitglieds des Personalrats an einer personalvertretungsrechtlichen Grundschulung, die der Erlangung für die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgaben des Personalrats erforderliche Kenntnisse dient, stellt die Erfüllung einer personalvertretungsrechtlichen Aufgabe im Sinne des § 39 Abs. 2 NPersVG dar. Es besteht ein Freistellungs- und Ausgleichsanspruch gemäß § 39 Abs. 2 NPersVG.

VG Braunschweig, Urteil v. 25.6.2013 – 7 A 205/12 (n. rkr.)

23. Laufbahnnachzeichnung eines als Vorsitzender des Personalrats freigestellten Polizeibeamten

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Erfolgsloser Berufungszulassungsantrag eines als Vorsitzender des Personalrats freigestellten Polizeihauptkommissars, der mit seiner Klage die Erstellung einer neuen Laufbahnnachzeichnung begehrt.

In die zur Laufbahnnachzeichnung vorzunehmende Vergleichsbetrachtung zur Einordnung des fiktiven Leistungsbildes des freigestellten Beamten im Verhältnis zu „vergleichbaren“ Kollegen, können auch Beamte mit in einzelnen Leistungsmerkmalen abweichenden Beurteilungen einbezogen werden, solange die Unterschiede nicht so gravierend sind, dass sie dem Ziel der Vergleichsbetrachtung entgegenstehen, nämlich eine dem Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot gerecht werdende Laufbahnnachzeichnung zu ermöglichen.

Die Nachzeichnung der (mutmaßlichen) weiteren Fortentwicklung der Leistungen des freigestellten Beamten ist eine durch Elemente geprägte, im pflichtgemäßen Ermessen des Dienstherrn stehende Entscheidung, die sich regelmäßig einer rein mathematischen Berechnung entzieht.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 15.11.2012 – 6 A 1534/11

24. Verwirkung eines Schadensersatzanspruchs wegen Nichtbeförderung eines freigestellten Personalratsmitglieds

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Ein freigestelltes Personalratsmitglied kann von seinem Dienstherrn Schadensersatz wegen Nichtbeförderung verlangen, wenn es auf der Grundlage einer fiktiven Laufbahnnachzeichnung bei der Vergabe des Beförderungsdienstpostens zu berücksichtigen gewesen wäre.

Das Recht auf Überprüfung und gegebenenfalls Änderung einer Beurteilung oder eines Beurteilungssurrogats wird dann verwirkt, wenn das freigestellte Personalratsmitglied während eines längeren Zeitraumes nichts zur Rechtswahrung unternommen hat und dadurch beim Dienstherrn der Anschein erweckt worden ist, das Personalratsmitglied werde die Bildung der Referenzgruppe nicht mehr beanstanden. Nach welcher Zeitdauer Verwirkung eintritt, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab.

(Leitsätze der Schriftleitung)

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 26.3.2013 – 5 LA 210/12

ZfPR *online* 6/2013, S. 8

25. Vergleichsgruppenbildung bei fiktiver Fortschreibung einer Beurteilung

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Die Beurteilung eines zum Zwecke der Kinderbetreuung beurlaubten Beamten ist während dieses Zeitraum fiktiv fortzuschreiben.

Zur fiktiven Fortschreibung der dienstlichen Beurteilung muss der Dienstherr ausgehend von der letzten dienstlichen Beurteilung eine Vergleichsgruppe mit solchen anderen Beamten bilden, die zum selben Zeitpunkt derselben Besoldungsgruppe angehörten, eine vergleichbare Tätigkeit ausübten und vergleichbar beurteilt waren.

Der Dienstherr hat seine Auswahlentscheidung zu dokumentieren; hierzu gehört es auch, hinreichende Informationen über das zu Grunde liegende Tatsachenmaterial sowie das Ergebnis der Fortschreibung schriftlich zu fixieren.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 5.10.2012 – 1 B 681/12

ZfPR *online* 7-8/2013, S. 4

26. Fiktive Laufbahnnachzeichnung eines freigestelltes Personalratsmitglieds/Beamtenrechtliches Konkurrentenstreitverfahren

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Wird in einem beamtenrechtlichen Konkurrentenstreitverfahren vom unterlegenen Bewerber das angewandte Beförderungssystem als solches mit substantiierten und schlüssigen Gründen in Zweifel gezogen oder will er ausdrücklich mit sämtlichen Mitbewerbern verglichen werden, so sind grundsätzlich alle zur Beförderung vorgesehenen Beamten beizuladen.

Unterbleibt hierbei trotz entsprechender Antragstellung ein Beiladungsbeschluss, so muss der Antragsteller hiergegen Beschwerde nach § 146 Abs. 1 VwGO einlegen, um ein Untergehen seines Bewerbungsverfahrensanspruchs wegen zwischenzeitlich erfolgter Beförderungen der ausgewählten Bewerber (Grundsatz der Ämterstabilität) zu verhindern. Die Regelung des § 65 Abs. 4 Satz 3 VwGO schließt für diese Fälle die Beschwerde nicht aus.

Tritt ein vollständig vom Dienst freigestelltes Mitglied der Personalvertretung in Konkurrenz zu anderen Bewerbern um einen höher bewerteten Dienstposten oder eine Beförderungsstelle, so ist dessen Laufbahn nachzuzeichnen. Dabei ist das zum Zeitpunkt der Freistellung vorhandene Leistungsbild des Beamten auf der Grundlage der letzten vor der Freistellungsphase erstellten dienstlichen Beurteilung zu erfassen und für die Zukunft fortzuschreiben.

Für die Laufbahnnachzeichnung eines freigestellten Personalratsmitgliedes sind grundsätzlich alle Beamten heranzuziehen, die zum - allein maßgeblichen - Zeitpunkt der Freistellung des Beamten aufgrund ihrer Stehzeit im aktuellen Statusamt, dem Jahr des Erwerbs ihrer Laufbahnbefähigung, dem Einstellungsjahr sowie ihrem Geburtsjahr eine vergleichbare Laufbahnentwicklung durchlaufen haben.

Die Laufbahnnachzeichnung eines freigestellten Personalratsmitgliedes ist regelmäßig in einem Besetzungsbericht so ausführlich niederzulegen, dass die maßgeblichen Auswahlgründe auch für Dritte nachvollziehbar werden.

(Orientierungssätze)

OVG Rheinland-Pfalz, Beschluss v. 20.8.2012 – 2 B 10673/12

ZfPR 2013, 69

27. Fiktive Nachzeichnung der beruflichen Entwicklung eines freigestellten Personalratsmitgliedes und beschleunigter Stufenaufstieg

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Die fiktive Nachzeichnung der üblichen beruflichen Entwicklung eines frei gestellten Personalratsmitgliedes erstreckt sich nicht auf die Teilhabe am beschleunigten Stufenaufstieg nach § 17 Abs. 2 Satz 1 TVöD, wenn der Arbeitgeber die Verkürzung der Stufenlaufzeit entsprechend der Intention der Tarifvertragsparteien auf sachlich begründete Einzelfälle beschränkt.

LAG Baden-Württemberg, Urteil v. 5.8.2013 – 1 Sa 33/12

ZfPR *online* 3/2014, S. 16

28. Anspruch auf Freistellung eines weiteren Personalratsmitgliedes

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

In einer Arbeitsagentur sind bei der Ermittlung der Zahl der in der Regel Beschäftigten im Sinne von § 46 Abs. 4 Satz 1 BPersVG diejenigen Beschäftigten außer Betracht zu lassen, denen auf der Grundlage von § 44 g Abs. 1 Satz 1 SGB II Tätigkeiten bei den gemeinsamen Einrichtungen zugewiesen sind.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 13.6.2013 – 20 A 2811/12.PVB

29. Leistungsbezahlung für Personalratsmitglieder/Keine Antragsbefugnis des Personalrats

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Hinsichtlich der Frage, ob das personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren die zulässige Verfahrensart ist, haben die Verwaltungsgerichte §§ 17 bis 17b GVG entsprechend anzuwenden.

Der Personalrat ist nicht befugt, gerichtlich klären zu lassen, ob seine beamteten Mitglieder in die Leistungsbezahlung einzubeziehen sind.

BVerwG, Beschluss v. 30.1.2013 – 6 P 5.12

ZfPR *online* 4/2013, S. 10

30. Teilweise Freistellung von Personalratsmitgliedern in „Kleindienststellen“

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Auch bei turnusmäßiger Veranstaltung von Personalratssitzungen, Gesprächen mit der Dienststellenleitung und Sprechstunden gebietet der in ihnen für die betroffenen Mitglieder des Personalrats anfallende Arbeitsaufwand jedenfalls bei „Kleindienststellen“ keine teilweise Freistellung.

Einem solchen gelegentlichen schwankenden Arbeitsanfall ist durch Dienstbefreiung Rechnung zu tragen.

(1. amtlicher Leitsatz, 2. Leitsatz der Schriftleitung)
BVerwG, Beschluss v. 25.7.2013 – 6 PB 16.13 –
ZfPR *online* 3/2014, S. 2

31. Kein Verzicht auf Freistellung zu Lasten des Minderheitenschutzes

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Der Begriff der Wahl oder Auswahl als Mittel demokratischen Handelns muss nicht notwendig und in allen Fällen die Möglichkeit einer tatsächlichen „Auswahl“ einschließen. Falls der Personalrat, etwa aus Gründen des Minderheitenschutzes, nicht alternativ rechtmäßig handeln kann, ist er verpflichtet, auch einen nicht mehrheitlich gewünschten Kandidaten – hier für den Vorschlag zur Freistellung – auszuwählen.

VGH Bayern, Beschluss v. 22.4.2013 – 17 P 12.1378
ZfPR *online* 1/2014, S. 8

32. Freistellung unter Übernahme der Kosten für die Teilnahme an der Vorstandssitzung der Jobcenter-Personalräte

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Auf die Tätigkeit einer/s Vorsitzenden einer Personalvertretung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 h Abs. 4 SGB II findet § 46 Abs. 2 BPersVG Anwendung.

Als Mitglied des Vorstandes der Arbeitsgruppe der Vorsitzenden der Personalvertretungen der gemeinsamen Einrichtungen nach § 44 h Abs. 4 SGB II besteht ein Anspruch auf Dienstbefreiung nach § 46 Abs. 2 BPersVG unter Kostenübernahme nach § 44 BPersVG auf Teilnahme an zwei Plenumsitzungen im Jahr und zusätzlich an drei Vorstandssitzungen. Diese Sitzungen können sich auch über mehrere Tage erstrecken.

VG Mainz, Beschluss v. 6.11.2013 – 2 L 1579/13.MZ
ZfPR 2014, 2

33. Entgeltzahlungspflicht und Haftung einzelner Betriebsratsmitglieder für Beratungsvertrag zwischen Betriebsrat und Beratungsunternehmen

(§ 46 BPersVG; §§ 47, 47a, 47b, 47c BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Ein Vertrag, den der Betriebsrat zu seiner Unterstützung gemäß § 111 Satz 2 BetrVG mit einem Beratungsunternehmen schließt, ist wirksam, soweit die vereinbarte Beratung zur Erfüllung der Aufgaben des Betriebsrats erforderlich ist und der Betriebsrat daher einen Kostenerstattungs- und Freistellungsanspruch gegen den Arbeitgeber gemäß § 40 Abs. 1 BetrVG hat. Die Grenzen des dem Betriebsrat bei der ex ante-Beurteilung der Erforderlichkeit der Beratung zustehenden Spielraums sind im Interesse der Funktions- und Handlungsfähigkeit des Betriebsrats nicht zu eng zu ziehen.

Der Betriebsrat kann sich im Rahmen eines solchen Vertrags zur Zahlung eines Entgelts verpflichten.

Betriebsratsmitglieder, die als Vertreter des Betriebsrats mit einem Beratungsunternehmen eine Beratung vereinbaren, die zur Erfüllung der Aufgaben des Betriebsrats gemäß § 111 BetrVG nicht erforderlich ist, können gegenüber dem Beratungsunternehmen - vorbehaltlich der Bestimmungen in § 179 Abs. 2 und 3 BGB - entsprechend § 179 BGB haften, soweit ein Vertrag zwischen dem Beratungsunternehmen und dem Betriebsrat nicht wirksam zustande gekommen ist.

BGH, Urteil v. 25.10.2012 – III ZR 266/11
ZfPR 2013, 105

34. Erfordernis der Zustimmung des Personalrats bei Abordnung eines seiner Mitglieder im Zuge einer Aufgabenverlagerung auf Landesschulamt

(§ 47 BPersVG; § 48 BaWüPersVG; Art. 47 BayPVG; § 44 PersVG Bln; § 47 PersVG Bbg; § 56 BremPersVG, § 108 BPersVG; § 50 HmbPersVG, § 108 BPersVG; §§ 64, 66 Abs. 2 HPVG; § 40 PersVG MV; § 41 PersVG Nds; § 43 LPVG NW; § 70 PersVG RhP; § 46 SPersVG; § 48 SächsPersVG; § 46 PersVG LSA; § 38 MBG SH; § 47 ThürPersVG)

Gemäß § 64 Abs. 2 Satz 1 2. Satzteil HPVG entfällt die Zustimmung des Personalrats u. a. bei Auflösung einer Behörde oder einer auf Rechtsvorschrift beruhenden wesentlichen Änderung des Aufbaus oder der Verschmelzung einer Behörde mit einer anderen.

Eine Aufgabenverlagerung aus dem Hause des Hessischen Kultusministeriums auf das Landesschulamt enthält das Gesetz zur Neuordnung der Hessischen Schulverwaltung nicht. Auch ergibt sich aus der amtlichen Begründung dafür nichts.

Die Erweiterung des Aufgabenbereichs des Landesschulamtes beruht auf einer selbstständigen Organisationsentscheidung der Ministerin. Dass eine solche nur möglich ist, weil sie nun kraft Gesetzes ein Landesschulamt bekommen hat, reicht aber für die Erforderlichkeit einer wesentlichen Änderung des Aufbaus der Behörde aufgrund einer Rechtsvorschrift nicht aus. Denn die Rechtsvorschrift fordert diese Verlagerung nicht.

Im Hinblick auf die Schutzwirkung der Personalratsmitglieder durch § 64 Abs. 2 HPVG ist eine weitergehende Auslegung - wie sie die Beteiligte versucht - untunlich, da ansonsten der Schutzbereich der Personalvertretung in nicht hinnehmbarer Weise durchlöchert würde.

VG Wiesbaden, Beschluss v. 27.3.2013 – 23 K 40/13.WI.PV (n. rkr.)
ZfPR *online* 9/2013, S. 15

35. Mitarbeiter der Job-Center sind keine Teilnehmer der Personalversammlung der Bundesagentur für Arbeit

(§ 48 BPersVG; § 49 BaWüPersVG; Art. 48 BayPVG; §§ 45, 46 Abs. 1 PersVG Bln; § 48 PersVG Bbg; § 43 BremPersVG; §§ 51, 53 HmbPersVG; § 44 HPVG; § 41 PersVG MV; § 42 PersVG Nds; § 45 LPVG NW; § 47 PersVG RhP; § 47 SPersVG; § 49 SächsPersVG; § 47 PersVG LSA; § 39 MBG SH; § 48 ThürPersVG)

Dienstkräfte der Bundesagentur für Arbeit, denen Tätigkeiten in einer gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) zugewiesen worden sind, sind nur berechtigt, an Personalversammlungen des Jobcenters, nicht jedoch an Personalversammlungen der Agentur für Arbeit teilzunehmen.

OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 19.7.2012 – 62 PV 8.11

36. Bildung eines Gesamtpersonalrats nach Verselbstständigung eines Eigenbetriebs

(§ 55 BPersVG; § 54 BaWüPersVG; Art. 55 BayPVG; § 50 PersVG Bln; § 55 PersVG Bbg; § 48 BremPersVG; § 56 HmbPersVG; § 52 HPVG; § 47 PersVG MV; § 49 PersVG Nds; § 52 LPVG NW; § 56 PersVG RhP; § 55 SPersVG; § 56 SächsPersVG; § 54 PersVG LSA; § 45 MBG SH; § 55 ThürPersVG)

Die Betriebe der in § 1 BaWüPersVG 1996 genannten Körperschaften sind Dienststellen im Sinne des Gesetzes. Daher ist grundsätzlich auch für sie eine Verselbstständigung von Außenstellen, Nebenstellen oder Teilen entsprechend § 9 Abs. 2 BaWüPersVG 1996 möglich.

Die materiellen Anforderungen an den Dienststellenbegriff sind nicht auf die Frage zu beziehen, wer Leiter der Hauptdienststelle im Sinne von § 9 Abs. 2 Satz 1 BaWüPersVG 1996 ist.

(Leitsätze der Schriftleitung)

BVerwG, Beschluss v. 13.3.2013 – 6 PB 4.13

37. Zusammenarbeit zwischen der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) und dem Gesamtpersonalrat

(§ 61 BPersVG; §§ 57, 61 BaWüPersVG; Art. 65 BayPVG; § 81 PersVG Bln; § 81 PersVG Bbg; § 22a BremPersVG; §§ 71, 97 HmbPersVG; § 55 HPVG; § 53 PersVG MV; §§ 53, 54, 56 PersVG Nds; § 61 LPVG NW; § 62 PersVG RhP; § 64, 66 SPersVG; § 62 SächsPersVG; § 76 PersVG LSA; § 66 MBG SH; § 61 ThürPersVG)

Der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) stehen gegenüber dem Gesamtpersonalrat dieselben Rechte zu wie der Jugend- und Auszubildendenvertretung gegenüber dem örtlichen Personalrat.

(Leitsatz der Schriftleitung)

VG Berlin, Beschluss v. 13.3.2012 – 62 K 1.12 PVL

ZfPR *online* 11/2013, S. 12

38. Teilnahme am Vierteljahresgespräch

(§ 66 BPersVG; § 66 BaWüPersVG; Art. 67 BayPVG; § 70 PersVG Bln; § 57 PersVG Bbg; § 52 BremPersVG; § 76 HmbPersVG; § 60 HPVG; § 58 PersVG MV; §§ 2, 62 PersVG Nds; §§ 2, 63 LPVG NW; § 67 PersVG RhP; § 69 SPersVG; § 71 SächsPersVG; § 56 PersVG LSA; § 47 MBG SH; § 66 ThürPersVG)

§ 66 Abs. 1 LPVG verpflichtet den Leiter der Dienststelle nicht dazu, grundsätzlich selbst an dem Vierteljahresgespräch mit der Personalvertretung teilzunehmen.

VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 7.5.2013 – PL 15 S 2845/11

39. Teilnahme einer dem Personalrat angehörenden Vertrauensperson bei Anhörung über Nichtverlängerung des Arbeitsverhältnisses nach Bühnentarifrecht

(§ 68 BPersVG; § 68 BaWüPersVG; Art. 69 BayPVG; §§ 72, 73 PersVG Bln; §§ 58, 60 PersVG Bbg; § 54 BremPersVG; § 78, 78 a HmbPersVG; § 62 HPVG; §§ 60, 61 PersVG MV; §§ 59, 60, 61 PersVG Nds; §§ 64, 65 LPVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 SPersVG; § 73 SächsPersVG; § 57 PersVG LSA; §§ 2, 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

Die gerichtliche Feststellung der Unwirksamkeit einer Nichtverlängerungsmittelung nach dem Bühnentarifrecht und die gerichtliche Feststellung der Unwirksamkeit einer Befristung stellen verschiedene prozessuale Streitgegenstände dar. Die Nichtverlängerungsmittelung betrifft allein die Frage, ob sich ein befristetes Arbeitsverhältnis um ein weiteres Jahr (Spielzeit) verlängert. Demgegenüber betrifft die Befristungskontrollklage die Frage, ob ein unbefristetes Arbeitsverhältnis besteht.

Eine Nichtverlängerungsmittelung ist nicht nur dann unwirksam, wenn die vertraglich vorgesehene Anhörung insgesamt unterbleibt, sondern auch dann, wenn sie nicht ordnungsgemäß durchgeführt wird.

Die Anhörung des Arbeitnehmers hat auf Arbeitgeberseite von der zur Entscheidung über die Nichtverlängerungsmittelung zuständigen Person zu erfolgen. Nur so kann ihr Zweck, ein Gespräch zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber herbeizuführen, in dem der Arbeitnehmer die Gründe für die Nichtverlängerungsmittelung ausräumen kann, erreicht werden. Jedoch darf eine Vertretung anhand der maßgeblichen Vertretungsregelung stattfinden, nicht dagegen eine Delegation im Einzelfall.

Der Arbeitnehmer ist berechtigt, zu dem Gespräch eine Person seines Vertrauens mitzubringen, soweit die Teilnahme einer bestimmten Person nicht den Zweck des Gesprächs gefährdet oder berechnete Interessen des Arbeitgebers entgegenstehen. Damit wird verhindert, dass der Arbeitnehmer in der Gesprächssituation unterlegen ist. Der Arbeitgeber ist nicht berechtigt, die Teilnahme einer Vertrauensperson lediglich deshalb abzulehnen, weil diese dem Personalrat angehört.

(Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)

BAG, Urteil v. 15.5.2013 – 7 AZR 665/11

ZfPR *online* 1/2014, S. 18

40. Mitbestimmung bei Einstellung von künstlerisch tätigen Beschäftigten/Unterrichtungsanspruch des Personalrats

(§ 68 BPersVG; § 68 BaWüPersVG; Art. 69 BayPVG; §§ 72, 73 PersVG Bln; §§ 58, 60 PersVG Bbg; § 54 BremPersVG; § 78, 78 a HmbPersVG; § 62 HPVG; §§ 60, 61 PersVG MV; §§ 59, 60, 61 PersVG Nds; §§ 64, 65 LPVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 SPersVG; § 73 SächsPersVG; § 57 PersVG LSA; §§ 2, 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

Es ist sachgerecht, für die Beurteilung der überwiegend künstlerischen Tätigkeit formal an die arbeitsvertraglich festgelegte berufliche Funktion anzuknüpfen.

Der Inhalt übereinstimmender Willenserklärungen kommt auch in überflüssigen Vereinbarungen zum Ausdruck.

Ein Unterrichtsanspruch des Personalrats besteht nur, wenn sein Mitbestimmungsbereich eröffnet ist.

OVG Sachsen, Beschluss v. 23.1.2013 – PL 9 A 580/11 (n. rkr.)

ZfPR *online* 5/2013, S. 10

41. Kein umfassender Unterrichtsanspruch des Personalrats

(§ 68 BPersVG; § 68 BaWüPersVG; Art. 69 BayPVG; §§ 72, 73 PersVG Bln; §§ 58, 60 PersVG Bbg; § 54 BremPersVG; § 78, 78 a HmbPersVG; § 62 HPVG; §§ 60, 61 PersVG MV; §§ 59, 60, 61 PersVG Nds; §§ 64, 65 LPVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 SPersVG; § 73 SächsPersVG; § 57 PersVG LSA; §§ 2, 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

Unterliegen Maßnahmen der Dienststelle nicht der Beteiligung der Personalvertretung, darf die Dienststelle sie vornehmen, ohne vorab den Personalrat hierüber zu informieren. § 73 Abs. 2 Satz 1 PersVG SN

begründet keinen umfassenden Unterrichtsanspruch im Hinblick auf sämtliche Vorgänge in der Dienststelle.

Sofern den Umständen nach eine „gewisse Wahrscheinlichkeit“ für das Bestehen eines Beteiligungsrechts besteht, muss der Personalrat auch dann unterrichtet werden, wenn die Dienststelle selbst das Bestehen des Rechts im Ergebnis verneint.

BVerwG, Beschluss v. 28.6.2013 – 6 PB 8.13
ZfPR 2014, 3

42. Unterrichtung des Personalrats in personellen Angelegenheiten/Zur Revisibilität von Landespersonalvertretungsrecht

(§ 68 BPersVG; § 68 BaWüPersVG; Art. 69 BayPVG; §§ 72, 73 PersVG Bln; §§ 58, 60 PersVG Bbg; § 54 BremPersVG; § 78, 78 a HmbPersVG; § 62 HPVG; §§ 60, 61 PersVG MV; §§ 59, 60, 61 PersVG Nds; §§ 64, 65 LPVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 SPersVG; § 73 SächsPersVG; § 57 PersVG LSA; §§ 2, 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

Die Auslegung landesrechtlicher Normen des Personalvertretungsrechts ist revisibel, wenn sie einen beamtenrechtlichen Inhalt haben und deshalb materiell dem Beamtenrecht zuzuordnen sind, was insbesondere in Betracht kommen kann, wenn geregelt wird, ob und in welcher Weise der Personalrat an beamtenrechtlichen Maßnahmen zu beteiligen ist.

Bei der Mitbestimmung in Personalangelegenheiten, die einen einzelnen Beschäftigten betreffen, genügt es regelmäßig, dass der Personalrat über die beabsichtigte Maßnahme selbst, d.h. über die davon betroffene Person sowie über Art und Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Maßnahme, informiert wird. Die Unterrichtung muss konkret genug sein sowie Art und Umfang der beabsichtigten Maßnahme erkennen lassen. Eine irreführende oder auf Täuschung beruhende Unterrichtung durch die Dienststelle entspricht diesen Anforderungen nicht und führt zur Anfechtbarkeit der getroffenen Maßnahme. Erforderlich, aber auch ausreichend ist, wenn der Personalrat in kurzer und knapper Form zutreffend über die beabsichtigte Maßnahme unterrichtet wird.

BVerwG, Beschluss v. 30.4.2013 – 2 B 10.12

43. Mitbestimmung bei Auswahl und Inbetriebnahme von Rauchmeldeanlagen in einem angemieteten Objekt

(§ 69 BPersVG; §§ 69, 72 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Die Inbetriebnahme von neuen Rauchmeldern unterliegt der Mitbestimmung des Personalrats.

Mietet eine Dienststelle ein Gebäude beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW an, schließt dies nicht die Möglichkeit aus, dass die Dienststelle aus Anlass oder im Zusammenhang mit Baumaßnahmen Anordnungen trifft, die den personalvertretungsrechtlichen Maßnahmebegriff erfüllen. Lässt der Mietvertrag der nutzenden Dienststelle hinreichende Einwirkungs- und (Mit-)Entscheidungsmöglichkeiten im Rahmen der Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen, verbleibt der Dienststelle im Ergebnis also ein richtungweisender Einfluss, liegen die Voraussetzungen für eine eigenständige Entscheidung der Dienststelle vor.

(Leitsätze der Schriftleitung)

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 29.6.2012 – 20 A 632/10.PVL
ZfPR *online* 10/2013, S. 2

44. Keine Verhandlungspflicht des verfassungsmäßig zuständigen obersten Organs mit dem Personalrat

(§ 69 BPersVG; §§ 69, 72 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Das verfassungsmäßig zuständige oberste Organ eines Gemeindeverbandes ist nicht verpflichtet, vor seiner Letztentscheidung mit dem Gesamtpersonalrat zu verhandeln, nachdem es von dem Personalrat einer verselbstständigten Teildienststelle im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens angerufen wurde. Die Verselbstständigung von Nebenstellen führt nicht zum Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzung einer mehrstufigen Verwaltung im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 2 LPVG NW.

(Leitsätze der Schriftleitung)

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 11.1.2013 – 20 A 298/12.PVL (n. rkr.)

ZfPR *online* 9/2013, S. 9

45. Mitbestimmungsverfahren zwischen Leiter und Personalrat eines Eigenbetriebs/Bestimmung des Einigungsstellenvorsitzenden

(§ 69 BPersVG; §§ 69, 72 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Kommt im Mitbestimmungsverfahren zwischen dem Eigenbetriebsleiter und dem Personalrat des Eigenbetriebs keine Einigung zustande und ruft einer von ihnen daraufhin die Einigungsstelle (§ 85 SächsPersVG) an, obliegt nicht nur die in § 85 Abs. 1 Satz 3 SächsPersVG geregelte Bestellung der Beisitzer der Einigungsstelle dem Eigenbetriebsleiter und dem Personalrat des Eigenbetriebs, sondern sind diese auch zuständig für die Einigung auf die Person des Vorsitzenden der Einigungsstelle. Dies gilt auch dann, wenn beim Oberbürgermeister der Stadt in Absprache mit dem Gesamtpersonalrat eine Einigungsstelle als ständige Einrichtung (§ 85 Abs. 1 Satz 2 SächsPersVG) eingerichtet und für diese ein Vorsitzender benannt ist.

BVerwG, Beschluss v. 20.9.2013 – 6 P 3.13

ZfPR *online* 1/2014, S. 2

46. Mitbestimmungsverfahren bei Eingruppierungen/Aufhebung der Entscheidung der Einigungsstelle

(§ 69 BPersVG; §§ 69, 72 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Eine (Sach-)Entscheidung der Einigungsstelle nach §§ 69 Abs. 4 Satz 1, 71 Abs. 3 BPersVG setzt die ordnungsgemäße Durchführung des in § 69 Abs. 2 (und 3) BPersVG vorgesehenen Mitbestimmungsverfahrens voraus.

Da bei der Eingruppierung eines Arbeitnehmers im Sinne des § 75 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BPersVG das Modell der eingeschränkten Mitbestimmung gilt, kann die Einigungsstelle, wenn sie sich nicht der Auffassung der Dienstbehörde anschließt, analog § 69 Abs. 4 Satz 3 BPersVG nur eine Empfehlung an diese beschließen, nicht aber die Zustimmungsverweigerung des Personalrats für berechtigt erklären (§§ 69 Abs. 4 Satz 1 Halbs. 2, 77 Abs. 2 BPersVG).

Eine gleichwohl dahingehende Entscheidung der Einigungsstelle ist wegen des erzeugten Rechtsscheins ihrer Verbindlichkeit im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren anfechtbar und aufzuheben.

VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 12.9.2012 – PB 15 S 3324/11

ZfPR *online* 1/2014, S. 4

47. Stufen-/Einigungsstellenverfahren im Jobcenter/Mitbestimmung bei Zuweisung einer Tätigkeit beim Jobcenter

(§ 69 BPersVG; §§ 69, 72 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RHP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Die Entscheidung des Geschäftsführers eines Jobcenters, der Zuweisung einer Tätigkeit beim Jobcenter an einen Arbeitnehmer der Bundesagentur für Arbeit zuzustimmen, unterliegt der Mitbestimmung des Personalrats des Jobcenters.

Hat der Personalrat des Jobcenters rechtswirksam die Zustimmung zu einer mitbestimmungspflichtigen Maßnahme des Geschäftsführers verweigert und legt dieser daraufhin die Angelegenheit der Trägerversammlung vor, so ist diese verpflichtet, nach Maßgabe von § 69 Abs. 3 Satz 1 und 4, Abs. 4 Satz 1 Halbs. 1 BPersVG das Stufenverfahren und das Einigungsstellenverfahren durchzuführen; der Personalrat des Jobcenters ist dabei Partner der Trägerversammlung.

BVerwG, Beschluss v. 24.9.2013 – 6 P 4.13
ZfPR *online* 2/2014, S. 10

48. Mitbestimmung des Jobcenterpersonalrats

(§ 69 BPersVG; §§ 69, 72 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RHP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Für den Personalrat in einer gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) besteht kein Mitbestimmungsrecht, wenn die Trägerversammlung oder der Geschäftsführer keine Entscheidungsbefugnis haben.

VG Bremen, Beschluss v. 5.4.2013 – P K 1008/12.PVB (n.rkr.)

49. Mitbestimmung bei Anwendung der TdL-Richtlinien zur Lehrereingruppierung

(§ 69 BPersVG; §§ 69, 72 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RHP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Die Hauptpersonalräte der einzelnen Ressorts besitzen kein Mitbestimmungsrecht bei der Anwendung der TdL-Richtlinien zur Eingruppierung von Lehrern im Angestelltenverhältnis durch den Minister der Finanzen, die dieser als eigene Maßnahme mit unmittelbarer Geltung für alle Landesbediensteten erlassen hat.

(Leitsatz der Schriftleitung)
VG Mainz, Beschluss v. 9.4.2013 – 5 K 1668/12.MZ (n. rkr.)

50. Kein Rechtsanspruch des Personalrats auf Rücknahme bzw. Unterlassung einer beteiligungspflichtigen Maßnahme

(§ 69 BPersVG; §§ 69, 72 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RHP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

§ 74 Abs. 3 BrbgPersVG verleiht dem Personalrat keine einklagbaren Rechtsansprüche auf Unterlassung bzw. Rückgängigmachung beteiligungspflichtiger Maßnahmen.

BVerwG, Beschluss v. 3.7.2013 – 6 PB 10.13
ZfPR *online* 2/2014, S. 7

51. Verpflichtung zur Bestellung eines unparteiischen Vorsitzenden einer Einigungsstelle/ Entscheidungsfrist

(§ 71 BPersVG; § 71 BaWüPersVG; Art. 71 BayPVG; §§ 82, 83 PersVG Bln; §§ 71, 72, 73 PersVG Bbg; §§ 60, 61 BremPersVG; § 81 HmbPersVG; § 71 HPVG; §§ 63, 64 PersVG MV; §§ 71, 72, 73, 107c PersVG Nds; § 67 LPVG NW; § 75 PersVG RhP; § 75 SPersVG; § 85 SächsPersVG; §§ 62, 63, 64 PersVG LSA; §§ 53, 54, 55 MBG SH; § 71 ThürPersVG)

Die vierwöchige Frist, die der Einigungsstelle ab dem Zeitpunkt der Bestellung des Vorsitzenden zur Verfügung steht § 64 Abs. 2 Satz 2 PersVG LSA, gilt nicht nur für die Einigungsstellen, deren Vorsitzender durch den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts bestellt wird.

OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 11.12.2013 – 5 L 2/13 (n. rkr.)

52. Vorwegnahme der Mitbestimmung durch Dienstvereinbarung

(§ 73 BPersVG; § 80 BaWüPersVG; Art. 73 BayPVG; § 74 PersVG Bln; §§ 60, 62, 70 PersVG Bbg; § 62 BremPersVG; § 83 HmbPersVG; § 113 HPVG; §§ 60, 66 PersVG MV; § 78 LPersVG Nds; § 70 LPVG NW; § 76 PersVG RhP; § 76 SPersVG; § 84 SächsPersVG; § 70 PersVG LSA; §§ 51, 57 MBG SH; § 72 ThürPersVG)

Die Mitbestimmung bei der Anordnung von Mehrarbeit und Überstunden kann in einer Dienstvereinbarung vorweggenommen werden mit der Folge, dass das gesetzliche Mitbestimmungsrecht im Einzelfall einer Anordnung von Mehrarbeit und Überstunden ausgeschlossen ist und die Beteiligung auf den Unterrichtungsanspruch beschränkt ist. Dies ist aber nicht der Fall, wenn die Dienstvereinbarung ausschließlich Regelungen über den Arbeitszeitrahmen enthält, indem sie die Ausgestaltung der individuellen Arbeitszeiten innerhalb der für die jeweiligen Bereiche geltenden Rahmenarbeitszeit regelt oder eine (Ausnahme-) Regelung für Fälle der Überschreitung des (Arbeitszeit-) Rahmens der vorgegebenen Arbeitszeit trifft, ohne sich zur Frage der Anordnung von Überstunden oder Mehrarbeit zu äußern.

(Leitsätze der Schriftleitung)

VG Karlsruhe, Beschluss v. 14.9.2012 – PL 12 K 4/12 –

53. Nachwirkung einer Dienstvereinbarung und Schriftformklausel

(§ 73 BPersVG; § 80 BaWüPersVG; Art. 73 BayPVG; § 74 PersVG Bln; §§ 60, 62, 70 PersVG Bbg; § 62 BremPersVG; § 83 HmbPersVG; § 113 HPVG; §§ 60, 66 PersVG MV; § 78 LPersVG Nds; § 70 LPVG NW; § 76 PersVG RhP; § 76 SPersVG; § 84 SächsPersVG; § 70 PersVG LSA; §§ 51, 57 MBG SH; § 72 ThürPersVG)

Im Personalvertretungsgesetz für das Land Berlin ist eine Nachwirkung von Dienstvereinbarungen über ihren ausdrücklich vereinbarten Geltungszeitraum hinaus nicht festgelegt. Das Schriftformerfordernis des § 74 Abs. 1 Satz 2 PersVG Bln hindert deshalb daran, im Wege ergänzender Vertragsauslegung eine vertraglich vereinbarte Nachwirkung anzunehmen.

(Leitsätze der Schriftleitung)

VG Berlin, Beschluss v. 10.4.2013 – 60 K 2.13 PVL (n. rkr.)

54. Wirkung der Kündigung einer Dienstvereinbarung über Leistungszuschläge/Vertrauensschutz

(§ 73 BPersVG; § 80 BaWüPersVG; Art. 73 BayPVG; § 74 PersVG Bln; §§ 60, 62, 70 PersVG Bbg; § 62 BremPersVG; § 83 HmbPersVG; § 113 HPVG; §§ 60, 66 PersVG MV; § 78 LPersVG Nds; § 70 LPVG NW; § 76 PersVG RhP; § 76 SPersVG; § 84 SächsPersVG; § 70 PersVG LSA; §§ 51, 57 MBG SH; § 72 ThürPersVG)

Durch die Kündigung einer Dienstvereinbarung über Leistungszuschläge im Zeitfenster zwischen Inkrafttreten des TVöD am 1.10.2005 und dem Stichtag 22.11.2006 gem. § 4 Abs. 4 TVöD-NRW wurde die Rechtslage ohne einseitige Änderungsmöglichkeit des Kündigenden bereits neu gestaltet. Die Kündigung ist ein rechtsvernichtendes (negatives) Gestaltungsrecht. Zwar führt sie die gewollte Rechtswirkung erst zu dem gesetzlich vorgesehenen oder individuell bestimmten Zeitpunkt herbei. Ihre

Gestaltungswirkung tritt aber schon unmittelbar mit Zugang der einseitigen Willenserklärung, durch die sie ausgeübt wird, ein. Durch ihre Ausübung wird sie verbraucht und die durch ihre Ausübung eingetretene Änderung des Rechtsverhältnisses kann grundsätzlich nicht einseitig ungeschehen gemacht werden.

Eine solche Kündigung war deshalb eine rechtswirksame Veränderung i. S. d. § 4 Abs. 4 TVöD-NRW. Das gilt auch dann, wenn die Kündigungsfrist erst nach dem Stichtag abgelaufen ist. Andernfalls wäre auch

der von den Tarifvertragsparteien bezweckte Vertrauensschutz in die von Arbeitgebern am Stichtag bereits getroffenen Dispositionen nicht gewahrt.

(Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)
BAG, Urteil v. 21.3.2013 – 6 AZR 618/11

55. Ausschluss des Mitbestimmungsrechts durch Tarifvorbehalt

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Das Mitbestimmungsrecht des Personalrats aus § 74 Abs. 2 Nr. 7 PersVG Thüringen wird in Dienststellen eines tarifgebundenen Arbeitgebers durch den Tarifvorbehalt des § 74 Abs. 2 Eingangshalbs. PersVG Thüringen ausgeschlossen, soweit die Rationalisierungsmaßnahme zu einem Personalabbau i. S. des § 4 Abs. 1 TV SozSich führt.

Eine unwirksame Betriebsvereinbarung kann nur ausnahmsweise in eine vertragliche Einheitsregelung umgedeutet werden. Eine solche Umdeutung setzt voraus, dass sich der Arbeitgeber nach dem maßgeblichen Empfängerhorizont verpflichten wollte, die in der Betriebsvereinbarung enthaltenen Verpflichtungen unabhängig von ihrem kollektivrechtlichen Geltungsgrund zu erfüllen.

Die Vereinbarung eines Rückkehrrechts schließt das Entstehen eines Abfindungsanspruchs nach dem bis zum 31.12.2009 geltenden TV SozSich aus.

BAG, Urteil v. 19.6.2012 – 1 AZR 137/11

56. Keine Mitbestimmung bei Einstellungsbedingungen

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Frage, ob bzw. in welcher Höhe einem Psychologen in Ausbildung für seine Tätigkeit in einer psychiatrischen klinischen Einrichtung ein Entgelt gezahlt wird, ist nicht Gegenstand der Mitbestimmung des (Gesamt)Personalrats; der Personalrat ist nicht befugt, die Aufstellung eines neuen Entgelt-systems zu verlangen.

VGH Bayern, Beschluss v. 11.12.2012 – 17 P 11.879

57. Mitbestimmung bei Anerkennung von Erfahrungszeiten bei der Festsetzung des Grundgehalts von Beamten

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Dem Personalrat steht kein Mitbestimmungsrecht bei der Anerkennung von Erfahrungszeiten im Rahmen der Festsetzung des Grundgehalts bei Beamten zu.

(Leitsatz der Schriftleitung)

OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 12.4.2014 – 1 L 5/13

ZfPR 2013, 74

58. Mitbestimmung bei Beschäftigung von Strafgefangenen in der Dienststelle

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Der Personalrat ist nicht zur Mitbestimmung berechtigt, wenn im Bereich der Dienststelle Strafgefangene eine Arbeit aufnehmen, die ihnen von der Leitung der Justizvollzugsanstalt zugewiesen wurde.

BVerwG, Beschluss v. 14.8.2013 - 6 P 8.12

ZfPR 2013, 102

59. Mitbestimmung bei Wegfall einer Funktionsstufe infolge Abordnung eines Beschäftigten

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Der Wegfall einer Funktionsstufe nach dem Tarifvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bundesagentur für Arbeit, der im Zusammenhang mit der Abordnung eines Beschäftigten eintritt, löst kein Mitbestimmungsrecht des Personalrats der abgebenden Dienststelle nach § 75 Abs. 1 Nr. 2 BPersVG aus, wenn diese Dienststelle weder eine höher oder niedriger zu bewertende Tätigkeit übertragen noch eine deklaratorische Feststellung zur Ein-, Höher oder Rückgruppierung getroffen hat.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 20.3.2013 – 17 LP 6/11

ZfPR *online* 2/2014, S. 14

60. Mitbestimmung bei Verkürzung der Entwicklungsstufenlaufzeit

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Entscheidung über eine Verkürzung der Entwicklungsstufenlaufzeit nach § 19 Abs. 2 TV-BA unterliegt nach § 75 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BPersVG der Mitbestimmung des Personalrats bei Eingruppierung.

Bei einer beabsichtigten Verkürzung der Entwicklungsstufenlaufzeit nach § 19 Abs. 2 TV-BA bedarf es zur Unterrichtung des Personalrats sowohl der Angabe, welche Beschäftigten überhaupt für eine Verkürzung der Entwicklungsstufenlaufzeit in Betracht gekommen wären, als auch der Angabe, welche Umstände für die getroffene Auswahlentscheidung maßgeblich gewesen sind.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 14.5.2013 – 20 A 83/12.PVB
ZfPR *online* 3/2014, S. 7

61. Dienstrechtlicher Begriff der Versetzung im Personalvertretungsrecht

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Für die Beurteilung, ob eine Versetzung vorliegt, ist die organisatorische Betrachtungsweise maßgebend. Die auf bloßen Zweckmäßigkeitserwägungen im Zusammenhang mit der Bildung von Personalvertretungen beruhenden Dienststellenfestlegungen greifen für die Mitbestimmungstatbestände der Versetzung, Abordnung oder Umsetzung nicht durch.

LAG Rheinland-Pfalz, Beschluss v. 12.10.2012 – 6 TaBV 2/12

62. Anforderungen an eine Maßnahme zur Hebung der Arbeitsleistung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Änderung eines Arbeitsablaufs dahingehend, dass die Zählung der Anzahl der Blätter gefertigter Ausgangspost danach, ob sie ein Blatt, zwei bis fünf Blatt oder mehr als sechs Blätter umfasst, und die Zuordnung zu drei entsprechend unterschiedlichen Postmappen zur vorsortierten Anlieferung an die Zentrale Postausgangsstelle führt nicht zu einer vermehrten geistig-psychischen Belastung der Bediensteten, wie sie eine Maßnahme zur Hebung der Arbeitsleistung i. S. v. § 78 Abs. 1 Nr. 9 SPersVG u. a. voraussetzt.

VG Saarland, Beschluss v. 9.5.2012 – 6 TaBV 2/12

63. Mitbestimmung bei Festsetzung abteilungsbezogener Fortbildungsbudgets

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Festsetzung abteilungsbezogener Fort- und Weiterbildungsbudgets, mit der das gesamte der Dienststelle für die Fort- und Weiterbildung zur Verfügung stehende Budget auf die einzelnen Abteilungen/Kostenstellen auf der Grundlage der Anzahl der jeweils dort tätigen Beschäftigten ausgeschlüsselt wird, unterliegt als eine allgemeine Frage der Fortbildung nach § 72 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Nr. 16 LPVG NRW der Mitbestimmung.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 29.6.2012 – 20 A 654/11.PVL

64. Anrechnung von Umkleide- und Wegezeit als Arbeitszeit/Keine Dienstvereinbarung zur Dauer der Arbeitszeit

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Zur Arbeit gehört auch das Umkleiden für die Arbeit, wenn der Arbeitgeber das Tragen einer bestimmten Kleidung vorschreibt und das Umkleiden im Betrieb erfolgen muss.

Beginnt und endet die Arbeit mit dem Umkleiden, zählen die innerbetrieblichen Wege zur Arbeitszeit, die dadurch veranlasst sind, dass der Arbeitgeber das Umkleiden nicht am Arbeitsplatz ermöglicht, sondern dafür eine vom Arbeitsplatz getrennte Umkleidestelle einrichtet, die der Arbeitnehmer zwingend benutzen muss.

Zur Arbeitszeit zählt (nur) die Zeitspanne, die für den einzelnen Arbeitnehmer unter Ausschöpfung seiner persönlichen Leistungsfähigkeit für das Umkleiden und das Zurücklegen des Wegs von der Umkleide- zur Arbeitsstelle erforderlich ist.

Der Arbeitgeber verspricht regelmäßig die Vergütung für alle Dienste, die er dem Arbeitnehmer aufgrund seines arbeitsvertraglich vermittelten Direktionsrechts abverlangt. Ordnet der Arbeitgeber das Umkleiden im Betrieb an, macht er mit seiner Weisung das Umkleiden und das Zurücklegen des Wegs von der Umkleide- zur Arbeitsstelle zur arbeitsvertraglichen Verpflichtung.

Das Bayerische Personalvertretungsrecht lässt den Abschluss von Dienstvereinbarungen zur Dauer der Arbeitszeit und eine vom Tarifvertrag abweichende Vergütungsregelung nicht zu.

(Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)
BAG, Urteil v. 19.9.2012 – 5 AZR 678/11

65. Mitbestimmung bei Anordnung von Rufbereitschaft

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Anordnung von Rufbereitschaft ist eine Festlegung zu Beginn und Ende der Arbeitszeit im Sinne von § 74 Abs. 1 Nr. 9 HePersVG und unterliegt daher der Mitbestimmung der Personalvertretung. Der Senat hält insoweit nicht an seiner entgegenstehenden älteren Rechtsprechung fest.

(Satz 1 amtl. Leitsatz, Satz 2 Leitsatz der Schriftleitung)
BVerwG, Beschluss v. 4.9.2012 – 6 P 10.11
ZfPR *online* 6/2013, S. 2

66. Mitbestimmung bei Anordnung von Bereitschaftsdienst/Abgrenzung von Rufbereitschaft

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Gibt der Arbeitgeber den Ort, an dem sich der Arbeitnehmer während des Dienstes aufzuhalten hat, nicht vor, spricht dies grundsätzlich für das Vorliegen von Rufbereitschaft. Verlangt der Arbeitgeber jedoch, dass der Dienst innerhalb von 15 bis 20 Minuten aufgenommen werden kann, so liegt Bereitschaftsdienst vor. Bei einer zeitlichen Vorgabe von 15 bis 20 Minuten zwischen Abruf und

Arbeitsaufnahme ist der Arbeitnehmer faktisch gezwungen, sich in unmittelbarer Nähe des Arbeitsplatzes aufzuhalten, um die Arbeit bei Bedarf fristgerecht aufnehmen zu können. Dies ist mit dem Wesen der Rufbereitschaft nicht zu vereinbaren.

(Leitsätze der Schriftleitung)

LAG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 20.9.2012 – 11 Sa 81/12

67. Folgen der Verletzung von Mitbestimmungsrechten/Überstunden bei Wechselschicht- und Schichtarbeit

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Verletzung des § 308 Abs. 1 Satz 1 ZPO führt nicht zur Zurückverweisung des Rechtsstreits an das Berufungsgericht, wenn das Revisionsgericht den Rechtsstreit auf der Grundlage des festgestellten und unstreitigen Sachverhalts abschließend entscheiden kann.

§ 7 Abs. 8 Buchst. c TVöD ist dahin zu verstehen, dass bei Stunden, die im Schichtplan festgelegt sind, Überstunden nur dann entstehen können, wenn mehr Stunden vorgesehen sind, als sie ein Vollzeitbeschäftigter gem. § 6 Abs. 1 TVöD erbringen müsste. Ob tatsächlich Überstunden geleistet worden sind, ergibt sich erst aus dem am Ende eines Schichtplanturnus vorzunehmenden Abgleich zwischen der schichtplangemäß tatsächlich erbrachten Arbeitsleistung und der von einem Vollzeitbeschäftigten in diesem Zeitraum geschuldeten Arbeitsleistung. Wird bezogen auf den Schichtplanturnus als Ausgleichszeitraum die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten eingehalten, liegen bei im Schichtplan vorgesehenen Stunden keine Überstunden vor.

Schichtplanturnus i. S. v. § 7 Abs. 8 Buchst. c TVöD ist der Zeitraum, für den ein Schichtplan im Vorhinein aufgestellt ist.

Die Verletzung des Mitbestimmungsrechts des Personalrats nach § 75 Abs. 3 Nr. 1 BPersVG führt zu keinem Anspruch auf Vergütung von Überstunden, die tatsächlich nicht geleistet worden sind. Zwar ist die Theorie der Wirksamkeitsvoraussetzung auch auf die Verstöße gegen Mitbestimmungsrechte aus dem Personalvertretungsrecht übertragbar. Die Verletzung von Mitbestimmungsrechten führt jedoch nicht zu individualrechtlichen, zuvor noch nicht bestehenden Ansprüchen betroffener Arbeitnehmer.

(Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)

BAG, Urteil v. 25.4.2013 – 6 AZR 800/11

68. Mitbestimmung bei Anrechnung von Tariflohnerhöhungen

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Rechnet ein öffentlicher Arbeitgeber (hier nach Maßgabe der Durchführungshinweise des BMI im Schreiben vom 10. Oktober 2005 - D II 2-220210/643) die zukünftigen Tarifsteigerungen in vollem Umfang auf die Zulage an, unterliegt diese Maßnahme nicht der Mitbestimmung. Eine Gestaltungsmöglichkeit, an deren Vorliegen das Beteiligungsrecht anknüpft, bestand danach nicht.

Beschränkt er die Anrechnung einer später wirksam gewordenen Tarifsteigerung auf ein Drittel des zuvor gezahlten Zulagenbetrags, unterliegt diese Maßnahme der Mitbestimmung nach § 75 Abs. 3 Nr. 4 BPersVG. Anders als bei der vollständigen Anrechnung der Tariflohnerhöhung auf die Zulage besteht bei deren teilweiser Anrechnung ein Verteilungsspielraum des Dienststellenleiters. Dessen Gestaltungsmöglichkeit löst das Mitbestimmungsrecht nach § 75 Abs. 3 Nr. 4 BPersVG aus, wenn sich infolge der Anrechnung die zuvor bestehenden Verteilungsgrundsätze verändern.

Die Verletzung des Mitbestimmungsrechts des Hauptpersonalrats hat nach der Theorie der Wirksamkeitsvoraussetzung die Unwirksamkeit der Anrechnungsentscheidungen zur Folge.

Dies führt nicht dazu, dass es bei den zuvor vorgenommenen Vollarrechnungen der Tarifsteigerungen auf die Funktionszulage verbleibt.

(Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)
BAG, Urteil v. 22.5.2012 – 1 AZR 94/11

69. Keine Mitbestimmung bei einzelvertraglichen Zielvereinbarungen über leistungsbezogene Sonderzahlungen

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Einzelvertragliche Zielvereinbarungen über die Auszahlung von leistungsbezogenen Sonderzahlungen/Prämien unterliegen nicht der Mitbestimmung des Personalrats gem. § 79 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 LPVG.

VG Karlsruhe, Beschluss v. 24.5.2013 – PL 12 K 3656/12 (n. rkr.)

70. Mitbestimmung bei Zuweisung außertariflicher Zulage

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Keine Verletzung des Mitbestimmungsrechts bei der Zuweisung einer außertariflichen Zulage an einen Arbeitnehmer mit Weisungsbefugnis gegenüber Mitarbeitern, alleiniger Entscheidungskompetenz im Sachgebiet Rechnungswesen und der Befugnis zur eigenverantwortlichen Erstellung von Verträgen.

VG Karlsruhe, Beschluss v. 24.5.2013 – PL 12 K 2403/12 (n.rkr.)
ZfPR *online* 7-8/2013, S. 8

71. Mitbestimmung bei Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Bekämpfung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Maßnahmen des Arbeitsschutzes, welche der Mitbestimmung nach § 75 Abs. 3 Nr. 11 BPersVG unterliegen, dienen der Verhütung von Gesundheitsgefahren, die einen Bezug zur Tätigkeit der Beschäftigten in der Dienststelle haben; der Anerkennung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren steht nicht entgegen, dass diese Gefahren auch durch die persönliche Konstitution oder Situation der Beschäftigten beeinflusst werden können.

BVerwG, Beschluss v. 14.2.2013 – 6 PB 1.13
ZfPR *online* 4/2013, S. 13

72. Keine Mitbestimmung bei Auflösung einer Selbstverwaltungskörperschaft durch die Aufsichtsbehörde

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Schließung einer Betriebskrankenkasse durch das Bundesversicherungsamt ist nicht als Rationalisierungsmaßnahme zu werten, welche die Mitbestimmung des Personalrats bei Aufstellung eines Sozialplans auslöst.

BVerwG, Beschluss v. 28.11.2012 – 6 P 11.11
ZfPR *online* 4/2013, S. 2

73. Keine Sozialplanfähigkeit einer Wegstreckenentschädigung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Sächsische Trennungsgeldverordnung regelt die Wegstreckenentschädigung abschließend; für darüber hinausgehende Regelungen einer Wegstreckenentschädigung auf Ebene der Dienststelle ist kein Raum. Entsprechende Regelungen können daher dann nicht in einen mitbestimmten Sozialplan Eingang finden, wenn die Beteiligung des Personalrats unter Gesetzes- und Tarifvorrang steht.

(Leitsätze der Schriftleitung)
BVerwG, Beschluss v. 16.4.2013 – 6 P 11.12
ZfPR *online* 2/2014, S. 2

74. Mitbestimmung beim Absehen von der Stellenausschreibung trotz Vorliegens einer in der BLV geregelten Ausnahme von der Ausschreibungspflicht

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Weder bei der vollzogenen Versetzung noch bei der vollzogenen Übertragung des Dienstpostens handelt es sich um Maßnahmen, die im Fall einer rechtswidrig unterbliebenen Mitbestimmung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten.

Das Vorliegen der in § 4 Abs. 2 Nr. 5 BLV geregelten Ausnahme, wonach die Pflicht zur Stellenausschreibung nach § 4 Abs. 1 BLV nicht für Stellen gilt, die zur Vermeidung der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit oder zur erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis nach Wiederherstellung der Dienstfähigkeit besetzt werden, lässt nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts die Mitbestimmung des Personalrats beim Absehen von der Ausschreibung nicht entfallen. Das Mitbestimmungsrecht greift unabhängig davon ein, ob die Nichtvornahme der Ausschreibung nach dem zugrundezulegenden speziellen Regelwerk auf einer zwingenden Ausnahme beruht oder in das Ermessen des Dienststellenleiters gestellt ist.

(Leitsätze der Schriftleitung)
VG Karlsruhe, Beschluss v. 15.6.2012 – PB 12 K 301/12
ZfPR *online* 6/2013, S. 16

75. Mitbestimmung bei Änderung eines elektronischen Zeiterfassungssystems

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 70, 71, 76 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Es wird festgestellt, dass der Antragsteller wegen der Anwendung des Verfahrens „Elektronisches Zeitwirtschaftssystem – IT-ZEIT-Web“ ab dem 1. Januar 2012 ein Mitbestimmungsrecht aus § 75 Abs. 3 Nr. 17 BPersVG hat.

OVG Sachsen-Anhalt v. 12.6.2013 – 6 L 4/12
ZfPR *online* 3/2014, S. 11

76. Keine Mitbestimmung bei Dienstpostenübertragung mit Wechsel von antragsabhängiger in antragsunabhängige Mitbestimmung

(§ 77 BPersVG; § 79 BaWüPersVG; Art. 75, 78 BayPVG; § 89 PersVG Bln; §§ 62, 63 PersVG Bbg; § 65 BremPersVG; §§ 87, 88, 89 HmbPersVG; §§ 77, 79 HPVG; § 68 PersVG MV; § 65 PersVG Nds; §§ 66, 72 LPVG NW; § 81 PersVG RhP; §§ 80, 81 SPersVG; § 82 SächsPersVG; § 68 PersVG LSA; §§ 51, 56 MBG SH; § 76 ThürPersVG)

Der Personalrat hat kein antragsunabhängiges Mitbestimmungsrecht an einer Maßnahme, mit der dem derzeitigen Dienststellenleiter ein Dienstposten übertragen wird, der aus dem Kreis der antragsabhängigen Mitbestimmung herausfällt.

(Leitsatz der Schriftleitung)
VG Mainz, Beschluss v. 13.3.2013 – 8 K 1645/12.MZ

77. Hinweispflicht der Dienststelle auf antragsabhängige Mitbestimmung von Beschäftigten mit überwiegend wissenschaftlicher Tätigkeit

(§ 77 BPersVG; § 79 BaWüPersVG; Art. 75, 78 BayPVG; § 89 PersVG Bln; §§ 62, 63 PersVG Bbg; § 65 BremPersVG; §§ 87, 88, 89 HmbPersVG; §§ 77, 79 HPVG; § 68 PersVG MV; § 65 PersVG Nds; §§ 66, 72 LPVG NW; § 81 PersVG RhP; §§ 80, 81 SPersVG; § 82 SächsPersVG; § 68 PersVG LSA; §§ 51, 56 MBG SH; § 76 ThürPersVG)

Hat die Dienststelle einen Beschäftigten mit überwiegend wissenschaftlicher Tätigkeit nicht darauf hingewiesen, dass er in seiner Personalangelegenheit die Mitbestimmung des Personalrats beantragen kann, so ist der Personalrat gleichwohl nicht zur Mitbestimmung berufen, solange der Beschäftigte den Antrag nicht gestellt hat.

BVerwG, Beschluss v. 27.2.2013 – 6 PB 3.13
ZfPR *online* 5/2013, S. 5

78. Kein Ausschluss der Mitbestimmung bei Einstellung der persönlichen Referentin des Ärztlichen Direktors und Vorstandsvorsitzenden eines Universitätsklinikums

(§ 77 BPersVG; § 79 BaWüPersVG; Art. 75, 78 BayPVG; § 89 PersVG Bln; §§ 62, 63 PersVG Bbg; § 65 BremPersVG; §§ 87, 88, 89 HmbPersVG; §§ 77, 79 HPVG; § 68 PersVG MV; § 65 PersVG Nds; §§ 66, 72 LPVG NW; § 81 PersVG RhP; §§ 80, 81 SPersVG; § 82 SächsPersVG; § 68 PersVG LSA; §§ 51, 56 MBG SH; § 76 ThürPersVG)

Für das Eingreifen der die Mitbestimmung des Personalrats ausschließenden Ausnahmeregelung des § 79 Nr. 1 lit. c HPVG ist nicht die Höhe der Vergütung bzw. Besoldung maßgeblich, sondern die Funktion der mit der Arbeitnehmerin besetzten Stelle. Diese muss derjenigen entsprechen, die im Falle der Besetzung der gleichen Stelle mit einer Beamtin der Besoldungsgruppe A 16 zuzuordnen wäre.

(Leitsätze der Schriftleitung)
VGH Hessen, Beschluss v. 6.11.2012 – 22 A 1403/11.PV
ZfPR *online* 9/2013, S. 6

79. Mitwirkung bei Vorbereitung einer Verwaltungsanordnung zur Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen

(§ 78 BPersVG; § 76 BaWüPersVG; Art. 76 BayPVG; § 90 PersVG Bln; § 68 PersVG Bbg; §§ 54, 55, 67 BremPersVG; §§ 84, 87 HmbPersVG; §§ 63, 81 HPVG; § 68 PersVG MV; § 75 PersVG Nds; §§ 73, 75 LPVG NW; §§ 80, 84 PersVG RhP; §§ 83, 84 SPersVG; §§ 73, 77, 81 SächsPersVG; §§ 60, 69 LPersVG LSA; §§ 75a, 77 ThürPersVG)

Die an ihre Beschäftigten gerichtete Anordnung einer Dienststelle, mit welcher in einer innerdienstlichen Angelegenheit eine höherrangige Verwaltungsvorschrift konkretisiert wird, unterliegt der Mitwirkung des Personalrats nach § 78 Abs. 1 Nr. 1 BPersVG.

BVerwG, Beschluss v. 11.12.2012 – 6 P 2.12
ZfPR *online* 4/2013, S. 6

80. Mitwirkung des Personalrats beim Erlass von Leitlinien zur Genehmigung der Nebentätigkeiten der Beschäftigten des Bundesnachrichtendienstes durch den Chef des Bundeskanzleramtes

(§ 78 BPersVG; § 76 BaWüPersVG; Art. 76 BayPVG; § 90 PersVG Bln; § 68 PersVG Bbg; §§ 54, 55, 67 BremPersVG; §§ 84, 87 HmbPersVG; §§ 63, 81 HPVG; § 68 PersVG MV; § 75 PersVG Nds; §§ 73, 75 LPVG NW; §§ 80, 84 PersVG RhP; §§ 83, 84 SPersVG; §§ 73, 77, 81 SächsPersVG; §§ 60, 69 LPersVG LSA; §§ 75a, 77 ThürPersVG)

Trifft der Chef des Bundeskanzleramtes beteiligungspflichtige Maßnahmen gegenüber den Beschäftigten des Bundesnachrichtendienstes, hat er den Personalrat der Zentrale zu beteiligen.

Ein Anerkenntnisbeschluss in personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren ist zulässig, wenn die Prozess- und Rechtsmittelvoraussetzungen erfüllt sind und die Beteiligten über den streitigen Gegenstand verfügen können.

Die Rechtsverfolgung durch den Personalrat ist mutwillig, wenn die Anrufung des Gerichts unnötig ist, weil die Dienststelle ihm das geltend gemachte Recht nicht bestreitet.

BVerwG, Beschluss v. 19.9.2012 – 6 P 3.11
ZfPR 2013, 98

81. Kein Teilnahmerecht des Personalrats bei Anhörung zur beabsichtigten Kündigung eines Arbeitnehmers

(§ 79 BPersVG; §§ 71, 82 BaWüPersVG, § 108 BPersVG; Art. 77 BayPVG; § 87 PersVG Bln; §§ 63, 68 PersVG Bbg; §§ 52, 65 BremPersVG; § 87 HmbPersVG; §§ 77, 78 HPVG; § 68 PersVG MV; § 65 PersVG Nds; § 74 LPVG NW; §§ 82, 83 PersVG RhP; § 80 SPersVG; §§ 73, 78 SächsPersVG; § 67 PersVG LSA; § 51 MBG SH; § 78 ThürPersVG)

Das Zeigen des „Stinkefingers“ gegenüber Vorgesetzten stellt eine grobe Beleidigung der Betroffenen und einen erheblichen Verstoß des Arbeitnehmers gegen seine Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis dar und kann an sich eine außerordentliche Kündigung – hier eines Personalratsmitglieds – rechtfertigen.

Ein Arbeitnehmer kann nicht verlangen, dass ein Mitglied des Personalrats bei seiner Anhörung zur beabsichtigten außerordentlichen Kündigung wegen tatsächlichen Fehlverhaltens hinzugezogen wird.

VGH Bayern, Beschluss v. 22.4.2013 – 17 P 12.1862
ZfPR 2013, 66

82. Anhörung des Personalrats bei Übertragung von Arbeitssicherheitsaufgaben

(§ 81 BPersVG; § 68a BaWüPersVG; Art. 79 BayPVG; § 77 PersVG Bln; § 59 PersVG Bbg; § 64 BremPersVG; § 91 HmbPersVG; § 76 HPVG; § 72 PersVG MV; § 77 PersVG Nds; § 77 LPVG NW; § 86 PersVG RhP; § 82 SPersVG; § 74 SächsPersVG; § 59 PersVG LSA; § 50 MBG SH; § 81 ThürPersVG)

Bei der Verpflichtung eines überbetrieblichen Dienstes von Fachkräften für Arbeitssicherheit zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 6 ASiG steht dem Personalrat nur ein Anhörungsrecht nach § 77 Abs. 6 PersVG Berlin zu.

OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 18.4.2013 – 60 PV 5.12

83. Mitbestimmung bei geschäftsbereichsüberschreitender Maßnahme des federführenden Fachministeriums

(§ 82 BPersVG; § 85 BaWüPersVG; Art. 80 BayPVG; §§ 54, 59 PersVG Bln; §§ 75, 76 PersVG Bbg; §§ 22a, 50 BremPersVG; § 92 HmbPersVG; §§ 63, 83 HPVG; §§ 73, 74 PersVG MV; §§ 79, 80 PersVG Nds; § 78 LPVG NW; § 53 PersVG RhP; § 54 SPersVG; § 87 SächsPersVG; § 71 LPersVG LSA; §§ 60, 61 MBG SH; § 82 ThürPersVG)

Eine Maßnahme, die ein federführendes Fachministerium mit Wirkung über den eigenen Geschäftsbereich hinaus für den gesamten Geschäftsbereich einer anderen obersten Dienstbehörde trifft (hier: Eingruppierungsrichtlinien für im Arbeitnehmerverhältnis beschäftigte Lehrkräfte), unterliegt nicht der Mitbestimmung des Hauptpersonalrats.

(Leitsätze der Schriftleitung)

VG Mainz, Beschluss v. 9.4.2013 – 5 K 1672/12.MZ (n. rkr.)
ZfPR *online* 7-8/2013, S. 10

84. Mitbestimmung bei Neuerrichtung eines Schulgebäudes

(§ 82 BPersVG; § 85 BaWüPersVG; Art. 80 BayPVG; §§ 54, 59 PersVG Bln; §§ 75, 76 PersVG Bbg; §§ 22a, 50 BremPersVG; § 92 HmbPersVG; §§ 63, 83 HPVG; §§ 73, 74 PersVG MV; §§ 79, 80 PersVG Nds; § 78 LPVG NW; § 53 PersVG RhP; § 54 SPersVG; § 87 SächsPersVG; § 71 LPersVG LSA; §§ 60, 61 MBG SH; § 82 ThürPersVG)

Liegt die Entscheidungsbefugnis für die Neuerrichtung eines Schulgebäudes sowie der vorausgehenden Planungsmaßnahmen in der Hand des Schulträgers (hier des Landkreises), so kann dieser weder den bei ihm gebildeten Personalrat beteiligen, weil dieser die betroffenen Bediensteten nicht repräsentiert, noch darf er den Personalrat der Schule beteiligen, da dieser einem anderen Verwaltungsträger zugeordnet ist.

Art. 11 der Richtlinie EWGRL 391/89 verbietet nicht den Ausschluss personalvertretungsrechtlicher Beteiligungsrechte in Fällen, in denen die Beschäftigten einer Dienststelle von Maßnahmen betroffen sind, über die Dienststellen eines anderen Verwaltungsträgers entscheiden; Adressat der in Art. 11 geregelten Beteiligungspflichten ist nur der Arbeitgeber, also diejenige natürliche oder juristische Person, die als Vertragspartei des Beschäftigungsverhältnisses mit dem Arbeitnehmer die Verantwortung für das Unternehmen bzw. den Betrieb trägt.

(Leitsätze der Schriftleitung)

BVerwG, Beschluss v. 27.11.2012 – 6 PB 12.12
ZfPR *online* 7-8/2013, S. 2

85. Frist für die Begründung der Rechtsbeschwerde/Prüfungspflicht des bevollmächtigten Rechtsanwalts

(§ 83 BPersVG; § 86 BaWüPersVG; Art. 81 BayPVG; § 91 PersVG Bln; § 95 PersVG Bbg; § 70 BremPersVG; § 100 HmbPersVG; § 83 HPVG; § 87 PersVG MV; § 83 PersVG Nds; § 79 LPVG NW; § 121 PersVG RhP; § 113 SPersVG; § 88 SächsPersVG; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Die Regelung zur Jahresfrist in § 9 Abs. 5 Satz 4 ArbGG greift nicht ein, wenn die Rechtsmittelbelehrung im Beschluss des Oberverwaltungsgerichts unrichtige Angaben zur Frist für die Begründung der Rechtsbeschwerde enthält.

Der bevollmächtigte Rechtsanwalt hat bei Anfertigen der Rechtsbeschwerdeschrift eigenverantwortlich zu prüfen, ob der im Fristenkalender notierte Fristablauf für die Rechtsbeschwerdebegründung richtig berechnet worden ist.

Eine unrichtige Rechtsmittelbelehrung rechtfertigt nicht die Annahme fehlenden Verschuldens des Beteiligten an der Fristversäumnis, wenn diese nicht darauf beruht.

BVerwG, Beschluss v. 17.4.2013 – 6 P 9.12

86. Erledigungserklärung zum Hauptantrag im Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren

(§ 83 BPersVG; § 86 BaWüPersVG; Art. 81 BayPVG; § 91 PersVG Bln; § 95 PersVG Bbg; § 70 BremPersVG; § 100 HmbPersVG; § 83 HPVG; § 87 PersVG MV; § 83 PersVG Nds; § 79 LPVG NW; § 121 PersVG RhP; § 113 SPersVG; § 88 SächsPersVG; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Erklären die Beteiligten während eines Verfahrens der Nichtzulassungsbeschwerde das Verfahren nur wegen des bisher allein beschiedenen Hauptantrags übereinstimmend für erledigt, ist nur das Beschwerdeverfahren einzustellen und der Rechtsstreit wegen des bisher nicht beschiedenen Hilfsantrags bei dem Oberverwaltungsgericht fortzusetzen.

BVerwG, Beschluss v. 12.7.2013 – 6 PB 9.13

87. Erlöschen des Personalrats durch Bildung einer neuen Dienststelle/Fortführung des Beschlussverfahrens

(§ 83 BPersVG; § 86 BaWüPersVG; Art. 81 BayPVG; § 91 PersVG Bln; § 95 PersVG Bbg; § 70 BremPersVG; § 100 HmbPersVG; § 83 HPVG; § 87 PersVG MV; § 83 PersVG Nds; § 79 LPVG NW; § 121 PersVG RhP; § 113 SPersVG; § 88 SächsPersVG; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Mit der Auflösung einer Dienststelle bzw. deren Eingliederung in eine andere Dienststelle oder der Bildung einer neuen Dienststelle durch Zusammenlegung erlischt die Existenz des bei der ursprünglichen Dienststelle errichteten Personalrats.

Eine personalvertretungsrechtliche Funktionsnachfolge des nunmehr für die Beschäftigten der neu gebildeten Dienststelle zuständigen Personalrats findet nicht statt.

Der bei der neuen Dienststelle gebildete Personalrat kann auf Grund eigenen Rechts befugt sein, das noch vom Personalrat der ehemaligen Dienststelle anhängig gemachte Beschlussverfahren fortzuführen.

Wenn die Feststellung begehrt wird, dass an einer bestimmten, bereits abgeschlossenen Maßnahme ein Beteiligungsrecht bestanden hat, welches verletzt wurde, und diese Maßnahme im Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung keine Rechtswirkung mehr entfaltet, liegt kein Rechtsschutzbedürfnis für einen entsprechenden Feststellungsantrag vor.

Der Mitbestimmungstatbestand des § 80 Abs. 2 Nr. 6 SächsPersVG, nach dem die Personalvertretung, soweit eine gesetzliche oder tarifliche Regelung nicht besteht, eingeschränkt mitzubestimmen hat über den Erlass von Richtlinien über die personelle Auswahl bei Einstellungen, Versetzungen, Umgruppierungen und Kündigungen, ist einschlägig, wenn der Dienststellenleiter grundsätzliche Festlegungen trifft, die für eine Mehrzahl von personellen Entscheidungen positiv oder negativ vorwegnehmend bestimmen, welche Kriterien im Zusammenhang mit den zu beachtenden fachlichen und persönlichen Voraussetzungen sowie sozialen Gesichtspunkten in welcher Weise bei vorgesehenen Versetzungen zu berücksichtigen sind.

Unter einer Richtlinie ist in Abgrenzung zu einer Einzelfallregelung eine verwaltungsintern verbindliche, allgemeine Anweisung mit generellen Grundsätzen für die Behandlung einer unbestimmten Mehrzahl von Fällen zu verstehen.

VG Dresden, Beschluss v. 29.11.2013 – 9 K 1236/12

88. Widerantrag des Dienststellenleiters

(§ 83 BPersVG; § 86 BaWüPersVG; Art. 81 BayPVG; § 91 PersVG Bln; § 95 PersVG Bbg; § 70 BremPersVG; § 100 HmbPersVG; § 83 HPVG; § 87 PersVG MV; § 83 PersVG Nds; § 79 LPVG NW; § 121 PersVG RhP; § 113 SPersVG; § 88 SächsPersVG; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Der Dienststellenleiter kann in einem personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren, in welchem der Personalrat ein Sachanliegen verfolgt, im Wege des Widerantrages geltend machen, dass er nicht verpflichtet ist, den Personalrat von den außergerichtlichen Kosten des Verfahrens freizustellen.

BVerwG, Beschluss v. 20.2.2014 – 6 PB 39.13

B. Rechtsprechung zur Wahlordnung

1. Unwirksamkeit des Telefaxes einer Zustimmungserklärung zur Kandidatur bei Personalratswahl

(§ 9 BPersVVO und vergleichbare landesrechtliche Bestimmungen)

Die Zustimmung eines Wahlbewerbers zur Aufnahme in einen Wahlvorschlag nach § 9 Abs. 2 Halbsatz 1 BPersVVO muss der gesetzlichen Schriftform des § 126 Abs. 1 BGB genügen.

Das Telefax einer Zustimmungserklärung nach § 9 Abs. 2 Halbsatz 1 BPersVVO erfüllt nicht die gesetzliche Schriftform des § 126 Abs. 1 BGB.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 26.3.2013 – 20 A 2098/12.PVB
(bestätigt durch BVerwG v. 11.3.2014 – 6 P 5.13)
ZfPR *online* 1/2014, S. 14